

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreispalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Auf zu neuer Verarbeitung! Schmiedet eine massive Gewerkschaftsfront!

Zahllos ist unserer Feinde Schar. Aber keinem von den vielen Feinden ist es je gelungen, den Gewerkschaften den Garaus zu machen. Im alten Deutschland, als die alten Herren der heutigen Nazis die Macht in der Hand hatten, da standen gegen uns: der Staatsanwalt und der Schöffe, der Gendarm und der Polizist, der Kaiser und seine Offiziere, Unternehmer und Kleinkrauter, ja selbst der Nachtwächter des kleinsten Kaffs war pflicht- und auftragsgemäß unser Feind. Und in neuerer Zeit haben die Unternehmer aus Arbeiterkreisen Zugang erhalten. Die KPD hat 1918 gegen die Gewerkschaften die Judasrolle übernommen, ohne Erfolg. Und nun kommt die von den Unternehmern finanzierte Nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei und traut sich die Stärke zu, die freien Gewerkschaften zu zerschlagen. Den Nazis ist der Kamm geschwollen und so fordern sie in „Vertraulichen Richtlinien“ zur

„Eroberung der Betriebe überall auf. Es heißt da:

„Je früher wir es verstehen, diese Athletengestalt (des deutschen Arbeiters) in den Dienst der Nationalsozialisten zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen, Macht im Staate zu ergreifen und diesem verfaulenden System den Todesstoß zu versetzen.

Auch der Kapp-Putsch hat gezeigt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der KPD lernen. Es dürfte uns auch viel leichter als der KPD fallen, die Betriebe zu erobern, und zwar auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unsres gut ausgebauten Propagandaapparates. Also Pg., auf in den Entscheidungskampf 1932! Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser!“

Mit anderen Worten heißt der Schlusssatz, der Sieg ist den Kapitalisten, von denen die „starke finanzielle Kraft“ kommt. Wer die Nazi-Partei für eine Arbeiterpartei hält, der

sehe einmal, wo die Mandate der Deutschnationalen und der Volkspartei hingekommen sind: zu den Nationalsozialisten.

Aber die Unternehmer werden auch mit der Larve der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei die Gewerkschaften nicht erobern, so wenig, wie ihre gelben Schutztruppen und die KPD dies vermochten.

Gehen wir zum Angriff über!

Der Hieb ist die beste Parade. Mit aller Energie müssen wir die Agitation in jedem Falle mit den geeigneten Mitteln entfalten. Wo noch Unorganisierte sind, muß die Agitation in geeigneter Weise unverzüglich eingeleitet werden, wenn nötig, hole man den Rat des Gauleiters ein. Untätigkeit wäre gerade jetzt unverantwortlich. Es müssen alle verfügbaren Kräfte für die Agitation angepannt werden. Unternehmer und Nazis vertreten den Standpunkt:

Haben wir die Gewerkschaften niedergedrungen, dann haben wir die Arbeiterbewegung besiegt.

Dafür opfern sie erhebliche finanzielle Mittel, dafür müssen die Schlichter den Lohn abbauen und an die Stelle der heutigen Unternehmersondizi werden die Nazigauleiter als eine Art Tierbändiger treten, um die Arbeiter in Schach zu halten.

Die Nazis und ihre Geldgeber wissen genau, daß sie bei dem Versuch, die Gewerkschaften zu zerschlagen, auf Granit stoßen. Diese „Athletengestalt“ fürchten sie. Sie wollen diesem „System den Todesstoß versetzen“. Dieses Warnungssignal muß jeden Funktionär auf den Plan rufen. Es gilt, den nationalsozialistischen Unternehmern die Hoffnungen zu zerschlagen. Die Gewerkschaften,

„diese Athletengestalt“, muß noch viel mächtiger werden.

An dieser Athletengestalt sollen sich die prostituierten Nazi-jünglinge ihre Schädel einrennen.

Auf an die Arbeit, schlagen wir die Nazis, bevor sie zum Angriff kommen!

Wo ist die Grenze, Herr Stegerwald?

Das Lohn- und Gehaltsniveau der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist, soweit wir in der Geschichte der letzten 12 Jahre und darüber hinaus zurückblättern, in Deutschland noch nie durch amtliches Eingreifen so stark dezimiert worden wie im Jahre 1931 und Anfang 1932. Innerhalb eines Jahres ist der Lohnstand zurückgedrückt worden auf die Mitte des Jahres 1925. Das kann auch Herr Stegerwald als derzeitiger Reichsarbeitsminister nicht bestreiten. Er hat gewußt, daß der Stand vom 10. Januar 1927 nach den Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 fast in allen Fällen der Lohn ist, der Mitte 1925 Geltung gehabt hat. Das ist ein Einschnitt in Lohn und Gehalt, der nur unter außergewöhnlichen Umständen vollbracht werden kann und lediglich als eine Notmaßnahme zu betrachten ist. Damit müßte es vorerst sein Bewenden haben, um die Möglichkeit zu geben, trotz der so stark geschwächten Kaufkraft zu stabilen Verhältnissen zu kommen. Eine gesunde Kalkulation kann nur ermöglicht werden, wenn die Unsicherheit auf dem Markte zum Verschwinden gebracht ist.

Die Unsicherheit auf dem Wirtschaftsmarkt besteht nun wirklich lange genug.

Auch ein Minister und eine Regierung sollten erkennen, daß es an der Zeit ist, in der Lohn- und Gehaltsfrage eine gewisse Stabilität eintreten zu lassen, wenn nicht schließlich in Deutschland alles drunter und drüber gehen soll.

Alle Mahnungen nach dieser Richtung scheinen nicht zu fruchten. Die Angriffe der Unternehmer und der Arbeitgebervereinigungen gegen die Lohn- und Manteltarife gehen munter auf der ganzen Linie weiter. In der „Bergwerkszeitung“ vom 2. April d. J. faßelt ein Artikelschreiber vom „Jrrgarten des politischen Lohnes“. Wörtlich schreibt er:

„Alles, was bisher von Reich wegen in Sachen der Wirtschaft geschah, ist nichts anderes als ein schwebes Herumgehen um den heikelsten, aber wichtigsten Punkt, die Lohnfrage. Seit der Lohn nicht mehr als das angesehen wird, was er ist, seit er politisch geworden ist, geht es abwärts, zeigt sich die Not, und doch gibt es nichts, was mehr wirtschaftsreal ist als gerade der Lohn. Von hier aus haben sich denn auch alle Krankheiten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens entwickelt. Der entartete Lohn ist zur Krebskrankheit der Wirtschaft geworden.“

Es ist angesichts dieser Einstellung nicht zu verwundern, daß der Verfasser des Artikels zu dem Schlusse kommt, daß nicht einmal die Lohnbasis von 1924 noch in Betracht kommen wird. Stärker können die Tollheiten in Beurteilung des Lohnfaktors in wirtschaftlicher Beziehung nicht mehr gehen. Man stelle sich vor, daß wir im Dezember 1923 den Höhepunkt der großen Inflation hatten. Anfang 1924 ist infolge der völligen Verarmung Deutschlands der Lohn so tief festgesetzt worden, wie es tiefer nicht mehr ging. Dieser (man

nehme es mir nicht übel) erbärmliche Lohn soll nach dem Artikelschreiber in der „Bergwerkszeitung“ bei der jetzigen Festschließung nicht einmal mehr in Betracht kommen — wenn Deutschland wieder „gesund“ soll. Höher geht faktisch wirtschaftliche „Unternehmerweisheit“ nicht mehr.

Der scharfe Einschnitt in den Lohn- und Gehaltsstandard durch die Notverordnung im Dezember 1931 sollte eine Herabsetzung der Preise nach sich ziehen und war damit auch eine Verminderung des Geldumlaufs in Deutschland verbunden. Nur teilweise sind die Preise gesunken. Sollte der Erfolg dieses scharfen Einschnitts im Lohne in konjunktureller Weise ausbleiben,

wäre nach den bekanntesten schriftlich niedergelegten Worten des Reichskanzlers Brüning eine „neue Situation“ gegeben.

Wie sieht die „neue Situation“ aus? Vor kurzer Zeit gab Herr Stegerwald noch in der Presse bekannt, daß die Arbeitgeber wahrscheinlich im großen Umfange nicht zu Aufkündigungen der Verträge greifen werden. Das Gegenteil ist eingetreten. Innerhalb unseres Verbandsgebietes sind nicht weniger als 75 Mantelverträge für 3301 Betriebe mit 249 743 Beschäftigten und nicht weniger als 174 Lohnverträge für 3031 Betriebe mit 135 513 Beschäftigten von Arbeitgeberseite gekündigt worden. Das ist die neue Situation, Herr Reichsarbeitsminister. Und welche Stellung nehmen Sie dazu ein? Alles andere, nur keine klare, die diese Situation erfordert. Wenn man es fertiggebracht hat, durch einen Hieb in gesellschaftlicher Hinsicht einen so tiefen Einschnitt in das Lohn- und Gehaltsniveau zu vollbringen, dann dürfte es wirklich nicht schwer sein, angesichts dieser Tatsache ein Heil auf der ganzen Linie durch gesetzliche Maßnahmen für einen gewissen Zeitraum ebenfalls zu bieten. Dazu vermag sich der Reichsarbeitsminister nicht aufzuschwingen. Er will „noch zu hohe Löhne“ und „Unebenheiten“ beseitigt wissen. Was unter diese Begriffe fällt, mögen die Wöcker wissen. Es bleibt Auffassungssache der einzelnen Schlichter oder Schlichtungsausschüsse, was evtl. darunter fallen kann. Die Auswirkung dieser unglücklichen Stellungnahme im Reichsarbeitsministerium zeigt z. B. für unser Verbandsgebiet der Schiedspruch für die Papierindustrie des Freistaates Sachsen. Die Richtlinien des Reichsarbeitsministers scheinen dem Schlichter die freie Betätigung genommen zu haben. Erneut ist eine rund 4- bis 5prozentige Lohnsenkung durch Schiedspruch festgelegt. Das ist nun in gut einem Jahre die vierte Lohnsenkung für diesen Bezirk dank der „glorreichen“ Einstellung des Reichsarbeitsministers Stegerwald.

Und wie hoch stehen die Löhne für die Papierindustrie Sachsens? Die Löhne der Arbeiterinnen in der Gruppe C

beginnen in der Tiefe mit 23 Pf. je Stunde, und der höchste Stundenlohn in der Gruppe A, Handwerker über 21 Jahre alt, ist in Ortsklasse I 82,5 Pf., Ortsklasse II 80 Pf. und Ortsklasse III 76,5 Pf. Diese Löhne sollen nun nach dem neuen Schiedspruch um 4 bis 9 Prozent gesenkt werden. Das sind also die „zu hohen Löhne“ oder „Unebenheiten“, die nach den Worten des Reichsarbeitsministers beseitigt werden müssen. Wir können also nach dieser Richtung in den nächsten Tagen noch viel erwarten.

Es ist allerhöchste Zeit, daß eine Abwendung von diesem verhängnisvollen Kurs des Reichsarbeitsministers genommen wird. Der sogenannte „zu hohe Lohn“, der nach der „Bergwerkszeitung“ sogar der Hauptschuldbige der Wirtschaftskrise sein soll (fehlt nur noch zu behaupten, daß die Weltwirtschaftskrise durch den „zu hohen deutschen Lohn“ verursacht ist), ist es wahrhaftig nicht, der nur angegriffen zu werden braucht, um zu einer Belebung der Konjunktur zu kommen. Die so starke Technisierung in allen Industrien mit der Brotlosmachung von Hunderttausenden und Millionen Arbeitnehmern ist einer der Hauptgründe des gegenwärtigen Zustandes in wirtschaftlicher Hinsicht. Es darf daher nicht Aufgabe eines Reichsarbeitsministers oder einer Regierung sein, die Kaufkraft durch weiteren Angriff auf den Lohn zu schwächen, sondern Schutz dieser Kaufkraft ist im Augenblick das Gebot der Stunde. Die deutsche Wirtschaft braucht für eine bestimmte Zeit zur Erholung Ruhe im Lohne, damit eine genaue Preisregelung geschehen kann und wir durch diese gewonnene Stabilität zu einer langsamen Belebung der Konjunktur kommen.

Bei der jetzigen Art und Taktik des Reichsarbeitsministers kann niemand kalkulieren.

Die Folge ist: größte Zurückhaltung mit Aufträgen in der Hoffnung, es wird noch billiger, und daher Stückung der Umsätze eines konjunkturellen Aufstiegs.

Was uns not tut, ist emsige Tätigkeit in der Arbeitsbeschaffung. Die starke Technisierung und Brotlosmachung von so vielen Arbeitnehmern zwingt die Leiter des Staates, vor allem den Reichsarbeitsminister, auf diesem Gebiete und im Interesse der Menschheit des Staates zu zeigen, daß der Angriff am richtigen Fleck geschieht. Um diesen Punkt kommt kein Reichsarbeitsminister, keine Regierung herum. Ohne Angriff in dieser Richtung wird eine Gesundung der Wirtschaft und damit des Staates in seiner ganzen Verwaltungs- und finanziellen Tätigkeit nicht geschehen. Vorschläge sind genug gemacht. Wir wollen endlich einen Anfang sehen. Der fortwährende Angriff auf den Lohn ist Sisyphusarbeit, und das Gegenteil von dem wird erreicht, was erreicht werden soll.

Karl Müller.

Wie ein KPD-Führer verleumdet.

Zwei Monate Gefängnis, Tragung sämtlicher Kosten und Publikation in zwei Tageszeitungen wegen öffentlicher Beleidigung der Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzenden Koll. Roth und Weber in der J.-O. Farbenindustrie, Werk Ffm.-Höchst, erhielt der KPD- und KPD-Führer Bruno Schade (Höchst).

In der Zeitschrift der KPD für die Höchster Chemieproleten, genannt „Der Rotfabriker“, 4. Jahrgang Nr. 20, wurde der Betriebsratsvorsitzende Koll. Roth als Schieber überster Art bezeichnet. In diesem Artikel, der in rein kommunistischen Jargon gehalten war, sollte der Arbeiterschaft klargemacht werden, was Roth für ein sozialfaschistischer Betriebsrat ist. 3500 alte Falzriegel soll er vom Werk bezogen und an einen Bauunternehmer sowie an eine Landwirtswitwe verschoben haben. Als Anerkennung für seine Handlangerdienste gegenüber der Direktion durfte er diese Schiebung machen, ohne entlassen zu werden.

In einem weiteren Artikel derselben Nummer wurde der Arbeiterratsvorsitzende Koll. Weber (damit keiner zu kurz kam oder sie sich gegenseitig trösten konnten) als Lügenmaul hingestellt. Er habe sich in den Augen der KPD-Leute ein furchtbares Verbrechen zuzubilden kommen lassen gegenüber einem kommunistischen Arbeiterratsmitglied. Das kommunistische Arbeiterratsmitglied erklärte in einer Belegschaftsversammlung, es gebe keine KPD. Daraufhin hat Weber überzeugend nachgewiesen, daß es doch eine KPD gibt, daß sie von den Kommunisten gegründet wurde zu dem ausschließlichen Zweck, die freien Gewerkschaften damit totzuschlagen. Weil er dabei noch den ollen ehrlichen Karl Dienstbach nannte (letzterer ist aus dem Spionageprozeß der Öffentlichkeit bekanntgeworden), war es ganz aus.

Nun sind ja die beiden Kollegen an Vermögensimpfungen der KPDisten und KPD-Leute allerlei gewohnt und wären deshalb nicht zum Kadi gelaufen, sondern hätten im Arbeiterrat und in der Belegschaftsversammlung zu diesen Dingen ein Wortchen gesagt, aber die Vertrauensleute verlangten, daß endlich mit dieser falschen Nachsicht Schluß gemacht und Klage erhoben wird. Es kam hinzu, daß diesmal nicht irgendein Abgeordneter als verantwortlich unterzeichnete.

So wurde denn vor dem Schöffengericht in Ffm.-Höchst dem verantwortlichen Herausgeber Bruno Schade Gelegenheit gegeben, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Dies konnte er natürlich nicht, und so wurde er zu 50 Mk. ein Genosse von ihm, der den „Rotfabriker“ vor dem Fabrikator verkaufte wie ein „Wahrer Jakob“ mit dem Ruf: „Roth, der Schieber, und Weber, das Lügenmaul“, wurde zu 20 Mk. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikation in zwei Tageszeitungen verurteilt. Der Wahrheitsbeweis, so jagte der Richter, sei in keiner Weise erbracht. Auf dieses Urteil hin hätte man annehmen können, die Angelegenheit sei erledigt. Weit gefehlt. Nach dem Motto: Nur feste draußlos verleumdet, etwas bleibt schon hängen, schrieb derselbe Herausgeber Schade, ehe das Urteil rechtskräftig wurde, zu dem Urteil: 70 Mk. ist ihre Ehre wert; das Gericht hat befähigt, was wir sagten. Fest steht, daß Roth ein Schieber und Weber ein Lügenmaul bleibt. Jetzt können sie erneut hingehen und klagen.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

17. Fortsetzung.

Die Fabrik würde ihren Arbeitern gern das Leben leichter machen, könnte mit ihnen eine Produktions-, eine Arbeitsgemeinschaft bilden, eine Interessengemeinschaft, in der alle die gleiche ständige Pflicht zur Arbeit, zum Dienst am Ganzen hätten. In der aber auch alle in gleicher Weise am Ertrage solcher Arbeit Anteil und Nutzen haben, unter der Parole: Arbeit und Brot! Wie gern würde sie mit all ihren Maschinen, Kesseln, Motoren und Transmissionen sich für ihre Arbeiter einsetzen, ihnen ganz das Produkt ihrer und der Arbeiter Fleiß zukommen lassen, wenn jenes unsichtbare Wesen nicht zwischen ihnen stände: das Kapital. Nicht zum Zwecke des Profits wollte sie das. Nein, zum materiellen und geistigen Aufstieg und damit zur fortwährenden Höherentwicklung der gesamten Menschheit.

Wenn die Arbeiter nur ernstlich wollten! Aber die Mehrheit von ihnen will ja noch nicht. Die ist lieber ihr Brot aus dem Brotkorb ihrer Herren und überläßt es diesen, ob sie ihn hoch oder niedrig hängen wollen. Das Beschämende daran ist, daß sie sogar sich noch bedanken, wenn es einem der „Herren“ mal einfällt, einige Brocken von seinem, von den Arbeitern verdienten Überflusse zu schenken.

Die wenigen, die aber wollen, sind zu ohnmächtig, um ihren Willen durchzusetzen, die werden vorzeitig zerrieben im täglichen Kleinkampf mit den finsternen Mächten, welche die Fabrik beherrschen, die werden geistig gefoltert und gequält, bis auch sie widerstandslos ihren Willen ganz an die Fabrik verlieren. Die Fabrikherren wollen eben nicht bloß die Arbeitskraft ihrer Arbeiter für sich ausnützen, sie verlangen auch, daß der Wille, der Geist, das Denken ihnen untertänig und bittmächtig sein soll. Und das sogar ohne Bezahlung, ohne irgendwelchen Gegenwert. Das verlangen sie einfach auf Grund der kapitalistischen Macht, die in ihren Kassenstränken eingeschlossen ist.

Stephan Purzell stand seit einigen Tagen wieder im Salzwagen unter dem Kommando des Plagmeisters Jürgens. Er hatte im Exportmagazin auf eine gefüllte Wäsche ein verkehrtes Etikett geklebt, weshalb ihn der Betriebsführer sofort auf den Hof schickte. Eigentlich war das nur ein Vorwand. Ein solches Versehen kam schon öfter vor und würde nur leicht gerügt. Der Betriebsführer ging ihm eben schon länger nach. Er war ein bigott frommer Mann. Aber so fromm, wie er war, so unbeliebt war er auch bei seinen Leuten. Keiner mochte ihn leiden, sein Verhalten wirkte direkt abstoßend. Er duldete keine Widerrede, Beschwerden hörte er gar nicht an, und besonders von den Arbeiterinnen verlangte er mehr als ihm zuzustand. Rücksichtslos beute er sie für die Fabrik aus. Die Mädchen fürchteten ihn deshalb und gingen seinem stehenden Blicke möglichst aus dem Wege.

Scharf war er natürlich auf die Katen. War ihm einer als solcher bekannt, dann waren dessen Tage im Exportmagazin gezählt. Jemandem schamloser Spieß hatte ihm den Vorgang am Fabrikator hinterbracht und erzählt, wie Stephan geschimpft habe und für den roten Verband eingetreten sei. Dafür schickte er ihn jetzt auf den Hof.

Stephan war deshalb schwer in Form. „Noch einmal ledig, wenn ich gewesen wäre“, sagte er zu seinem Kollegen auf dem Salzwagen, „ich hätte diesem Pharisäer den Bart frisiert, daß ihm alle seine Sünden aus seinem frommen Kiffel gefallen wären. Aber, wenn man halt eine Familie hat, muß man stad tun und wenn man sich die Schwindelucht an den Hals ärgert.“

In seinem Arger warf er eine große Schanfel voll Salz so steil über den vorstehenden Kippwagen, daß sie über das bestimmte Ziel hinausgeschoss und sich gleich einer Lawine über den heimlich kontrollierenden Plagmeister ergoß. Herr Jürgens schüttelte mit einem Fluche das Salz von den Kleidern, hob sein rundes Dragonerhütchen auf und legte dann furchterlich los. „Ihr Lämmer —, ihr Spottschleichen, ihr Remondn —, ihr ... keine rote Kaze glänzte wie ein Karfunkel in seinem gedummen Brantwein Gesicht. Groß und breit stand er vor dem Salzwagen und lobte seinen Jora vor den beiden emsig Salz Schanfelnden aus. Das ganze Regier seiner kalternstumpfsichtigen Schanfelndrüse slog ihm aus dem Munde; daß nun gerade aus dem gegenüberliegenden Hofraum ein paar Schmerensker lachten und seinen Leibmarisch pfliffen, brachte ihn aus der Fassung. „Ich will es euch zeigen, euch will ich Respekt vor eurem Plagmeister heutzutage, zwei Stunden Strafe, nein, vier Stunden ziehe ich euch ab —, euch will ich Respekt ...“, er konnte den Satz gar nicht aussprechen vor lauter Jora und stapfte polternd nach seiner Schreibstube, um sich die beiden gleich zu wütieren. Er hatte noch nicht aufgehört zu röhren, da zerferste auch schon die spitze Weigenstümme Scherlings von der Fagballe herüber. „Ihr Stroche, ihr Vagabunden, ihr Lagediebe! Ich jag euch auf den Hof!“

Es fehlte nun bloß noch der Militärkap Stöplers von RH. 2., und das übliche Morgenkonzert wäre, wie so oft, gefällig. „Schlechtes Wetter heut“, rief Stephan kichernd von seinem Salzwagen den vorübergehenden Kollegen zu. Es sollte noch schlechter kommen.

Nach der Mittagspause rief Jürgens die beiden Ibelkäter auf sein Büro. Stephan klopfte an, und als er keine Antwort erhielt, trat er einfach ein. Herr Jürgens sah noch, blankrot vor Jora, an seinem Schreibtisch und hästerte im Lohnduche. Nach einer Weile drehte er sich um und maß die beiden wortlos von oben bis unten, als wenn er ein paar Rekruten vor sich hätte. Dann schaute er wütend, daß ihm seine zinnbetonten Wangen zitterten: „Unerschämtheit —, beim Militär, wenn es wäre, fünf Tage Dicksen hästerte ich euch. Morgen früh meldet ihr euch im Trockenraum 21a —, verdammt? Kehrt —, marsch!“

Stephan schlug mit voller Macht die Tür hinter sich zu. Er wußte, was jener im Trockenraum wartete.

Am anderen Morgen meldete er sich allein in 21a. Sein Kollege, ein junger, lediger Barock, hatte „in den Sack gehoben“. Stephan's neuer Vorkarbeiter wies ihn gleich das vorgezeichnete Arbeitsquadrat zu. Er wußte mit einem anderen Arbeitskollegen einen leeren Trockenofen bestellen. Vor ihnen waren mehrere Stöße großer Trockenbleche aufgeschichtet. Daran war mit einem Holzspachtel ein grün schimmernder Farbstoff, das Jachju, breit gestrichen wie der Leig auf den Kuchentischen der Konditoren. Dieser ganze Blechspachtel wußte in die Stofflände des Trockenofens eingeschoben werden, darin der Farbstoff bei 80 bis 100 Grad Celsius getrocknet wurde. Nach dem Jachju hatte Stephan in den Ofen geschoben, da stand ihm schon der Schweiß in großen Tropfen auf der Stirn. Kein Wunder —! In den Räumen herrschte eine Temperatur von über 40 Grad Celsius. Staub legte sich in die Luft.

„Ja, Kollege“, sagte sein Nebenmann, der ebenso präpariert glitzerte, „das ist eine Samarbeit. Man muß es schon gewohnt sein.“ Nachdem der Ofen beschickt war, wie der Fachausdruck lautete, kam ein zweites an die Reihe. Der wußte emuliert werden. Nach dem Woch mußte aus dem noch heißen Ofen genommen und deren Inhalt in bereitstehende Fässer gekippt werden. Feststehende Farbstoffe wurden mit einem Holzspachtel von den Blechen geholt. Dabei wickelten ganze Staubwolken auf. Dieser Farbstoff bestand aus metallisch glänzenden kleinen Kristallen, weshalb er den Namen Kristallfarbstoff erhalten hatte.

Stephan und sein Kollege, Johann Meigel mit Namen, sahen bald aus wie blau und rot bemalte Steinblöcke. Tippen, Angen, Stäben, Hände, kurz jede freie Körperstelle war blau und schmutzrot befleckt, beknippt und bedampert. Speichel und Nasensekret

Roman von Fritz Molinar

lossen abwechselnd blau wie Linde und rot wie Himbeerstip. Der Trockenraum 21a war niedrig, dunkel und mit Schmutz und Farbstaub überladen, so daß sich ebrfame Bürgerfrauen in blau- und rotgemusterten Seidenblusen entseht hätten, würden sie einen Blick in dieses staub- und bihgeschwängerte Loch getan haben. Sommer und Winter kein heller Sonnenstrahl, kein frisches Kliffchen, nichts kam in den Raum als Hitze, Farbstaub und Menschen. Nein, Arbeiter! Ein Mensch gehört nicht da hinein. Bei den Fabrikherren sind Arbeiter aber keine Menschen. Die Ventilation war vollkommen ungenügend. Im Sommer kam es nicht selten vor, daß Arbeiter vor Hitze ohnmächtig zusammenbrachen.

Stephan schwitzte, schuffete und schwitzte. Er sank in sich zusammen, redete kein Wort mehr. Sein Wille begann vor der Hitze des Trockenofens zu zerfließen. Es reute ihn schon, daß er vor dem Fabrikator so laut gefobt hatte.

Meigel, Stephan's Kollege, schuffete nur so drauflos. Er kauete bei der Arbeit an einem kleinen schmutzigen Holzstückchen, holte Blech auf Blech aus dem Ofen und klopfte sie so eifrig ab, daß mehr Staub um ihn herum aufflog, als er in das Faß brachte.

„Man muß die Sach richtig mache“, sagte er in seinem gebelnten Dialekt, „damit die Firma hochkommt“, und lachte hintennach.

Er stammte aus einem entfernten Bauerndorf, hatte dort ein kleines, altes Häuschen und kam nur Sonntags nach Hause. Unter der Woche döste er seine fünf Abende und Nächte im Fabrik-schlafsaal herunter. Morgens, schon eine Stunde vor Arbeitsbeginn, schlürchte er in seinem langsamen Tempo durchs Fabrikator, holte sich einen kräftigen Lenter voll schwarzen Kaffee, tat einen ordentlichen Schluck daraus, dann stellte er ihn warm bis zur Frühstückspause. Darauf machte er sich in seinen Trockenraum, hockte sich neben die Dampfheizung und wartete, bis die anderen kamen. Beim Frühstück holte er eine dicken Brotlaib aus seinem verkrasteten Rucksack und verzehrte sein Viertelchen Limburger Käse dazu, den er ab und zu mit einem Schluck schwarzen, bitteren Kaffee über die Gurgel spülte. Morgen für Morgen tat er das. Mittags aß er Plagmeister Jürgens' vorzügliche Menage. Aber nur die Suppe. Das Fleisch hob er sich für den Abend auf. Es wurde sogar behauptet, er sammelte es unter der Woche und hebe es für seine Kinder auf. Wurde er gefragt, warum er immer Limburger esse, reagierte er ärgerlich: „Du papelst aber —, und daham mein Heischen und mein Heischen Kinner?“ Darum hatten sie ihn den Spitznamen „Papa“ gegeben. Mittags in der Menageküche, abends im Badhaus, überall, wo er hinkam, rief es ihm aus allen Ecken „Papa“ zu. Manchmal lachte er mit, meist würdigte er jedoch die Spötter keines Blickes. Er war eben ein guter, einfälliger, primitiver Mensch. So wie er nach außen war, so war auch sein Innenleben, geistig bedürfnislos noch mehr als körperlich. Er brauchte kein Buch, keine Zeitung zu lesen, er kümmerte sich nicht um Politik, wie er sagte, wovon er auch so viel verstand, wie ein Abschübe von einem geometrischen Lehrsaß. Sein Dasein verlief rein animalisch, er kannte nur Essen, Schlafen und die Fabrik. Stephan mußte eines Tages herzhaf über ihn lachen. Meigel hatte auf der Latzreinstange einen alten Zeitungsfetzen erwischt und darin herumblättern. Später sagte er dann zu Stephan: „Ich habe da in der Zeitung gelesen, da war in der Stadt drin ein großer Stemmerationszug (er wollte Demonstrationsszug sagen). Ich möchte nur wissen, warum die so etwas tun?“

„Ach, Johann“, erwiderte Stephan, sich vor Lachen die Seiten haltend, „die wollen haben, wir sollen uns organisieren, damit es Samstag mehr Jaster gibt.“

„So, so“, munderte sich Johann, „die solle mer nur komme, ich geb mei Heische net her.“

Johann war der Urtop eines Lohnarbeiters vor sieben Jahrzehnten, interesselos, geistig ohne jede fortschrittliche Regung, einer von den vielen, die niemals aus der Tiefe ihres Lohnklavens nach oben streben, deren kulturelles Sein von der Fabrik mit Farbstaub überfrachtet wurde. Essen, Schlafen und Arbeiten waren die äußeren Merkmale ihres organischen Lebens. Sonst waren sie in allem und für alles indifferent. Ihr Unverständnis oder vielmehr ihr gelähmtes Bewußtsein bildete das größte Hindernis, das der Entwicklung und Befreiung der Arbeiterklasse entgegenstand.

Stephan kam am ersten Abend müde und ärgerlich nach Hause. Zum Unglück hatte seine Frau Limburger Käse zum Abendbrot aufgestellt. Das erinnerte ihn an Meigel und den Trockenraum. Er fing an zu toben und zu fluchen: „Ich bleibe nicht mehr da draußen in dem Jachju, jetzt ist mir alles Wurscht; ich hau in den Sack, ich hau in den Sack!“

Seine Frau hat und beschwor ihn, an seine Familie zu denken, sie räng die Hände und weinte. Er blieb dabei: „Ich hau in den Sack!“ In ihrer Bestürzung stürzte sie zu Goglers hinüber und bat um Rat und Hilfe.

„Herr Gogler, kommen Sie rüber!“ rief sie bitter schluchzend. „Mein Mann ist außer sich. Er sagt, er wolle in den Sack hauen; von der Wohnung und allem kommen wir, wenn er es tut. O, meine armen Kinder! Kommen Sie, Herr Gogler, kommen Sie!“

Peter machte sich sofort auf und ging hinüber. Stephan suchte noch immer und tobte.

„Was ist denn los mit dir? Mensch, du stellst ja deine ganze Familie auf den Kopf“, forschte er, als ob er von nichts wüßte.

„In 21a heb —, sie mich gekickt, da bleib ich nicht, ich mache Schlupf, Peter, da bleib ich nicht!“ rief Stephan verzweifelt.

„Stephan“, begann Peter einzureden, „denk an Frau und Kinder, mach keine Sachen, wir müssen ja alle so viel hinnehmen.“ Schließlich gelang es ihm nach langem Jureden, ihn zu bewegen, wenigstens nicht Schlupf zu machen, bis er andere Arbeit habe. Aber er bekam keine andere Arbeit. Also mußte er bleiben, mußte weiter in dieser Stubbhölle bei 40 Grad trockener Hitze Frau und Kinder ernähren. Um ihn herum verank alles in Schmutz, Staub und Hitze. In seinem verklebten, entsehtlich verschmutzten Anzug und den zerkratzten Holzschuhen hätte man ihn für alles halten können, nur nicht für einen Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts. So tief mußten Menschen, Arbeiter im Farbstaub und Schmutz waten, sage, monatlich, jahrelang, für ein paar Bettelstümmel Lohn, damit andere Reichster vom Gewinn solcher Teufelsarbeit immer mehr Geld und Macht und Besitz anhäufen konnten. Und so etwas nannten sie dann göttgewollte Eigentums- und Gesellschaftsordnung.

7. Kapitel.

Der technische Direktor hatte sämtliche Betriebsführer zu einer angedenklichen Besprechung in das Direktionszimmer geladen. Die Herren kamen, einer nach dem anderen, und diskutierten über das unumgängliche Thema der Sitzung. Als der Direktor ins Sitzungszimmer trat, erhoben sich alle und machten achtungsvolle Verbengungen.

Der Begrüßte erwiderte mit einem lässigen Nicken und ging krack, ohne die Herren anzusehen, an seinen Platz am Kopfende des großen Tisches.

„Meine Herren“, begann er ohne weitere Formalitäten, „ich habe Sie zu dieser angedenklichen Sitzung befohlen, um Ihnen neue Direktiven mit in die Betriebe zu geben sowie deren Durchführung mit Ihnen zu besprechen. Ich brauche nicht besonders zu erwähnen, daß jeder der Herren an seine vertragliche Schweigepflicht gebunden ist.“

Er vernied es noch immer, in die Runde seiner Betriebsführer zu sehen. Seine Augen waren fix auf seine blasse Aktienmappe gerichtet.

„Brockhaus“ im deutschen Geistesleben.

Es wäre sicher reizvoll und nicht ohne Wert, einmal zu untersuchen, welche Rolle das Konversationslexikon, dem man heute die schönere Benennung „Handbuch des Wissens“ gegeben hat, in der geistigen Entwicklung unseres Volkes gespielt hat und noch heute spielt. Aus der Literatur kennen wir zahlreiche Zeugnisse bedeutender Persönlichkeiten, die sich gern und offen zu ihrem „Brockhaus“ bekannt haben. In Eckermann's Gesprächen können wir nachlesen, daß Goethe oft nach diesem Werk gegriffen hat, um sich dort Auskunft zu holen, und noch heute steht die 6. Auflage von „Brockhaus' Konversationslexikon“ in seiner Studierstube im Haus am Frauenplan zu Weimar. Ja, in den Fieberphantasien der letzten Krankheit unseres größten Dichters spielte der „Brockhaus“ eine Rolle, wie der verdienstvolle Goetheforscher Freiherr von Wiedermann berichtet. Der siebente Band des Werkes war nämlich abhanden gekommen, und in seinen Wahnreden beschuldigte Goethe seinen Diener Friedrich, ihn gestohlen zu haben. Friedrich war verständig genug, nicht zu widersprechen, und sagte: er müsse bekennen, den Band an sich genommen zu haben, worauf Goethe besorgt fragte: er habe ihn doch nicht etwa verkauft? Der Diener verneinte dies und fügte hinzu, er habe ihn verschenkt. „Nun“, meinte Goethe darauf, „so kann dir noch durchgeholfen werden.“

Doch auch über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus hat der „Brockhaus“ eine tiefe Wirkung ausgeübt. In Strindberg's selbstbiographischem Werk „Im roten Zimmer“ finden wir eine Stelle, die uns davon Zeugnis gibt. Es heißt da: „Johann (das ist Strindberg selbst) lernte das Konversationslexikon schätzen, diesen Erlaß des so unzuverlässigen und überbürdeten Gedächtnisses, und er wollte es an die Stelle der Schule setzen. Hier konnte niemals ein Streit über einen Sachverhalt entstehen, denn man schlug nur nach und hatte volle Gewißheit, während man sonst auf einer vergessenen und unbewiesenen Tatsache einen endlosen Streit aufbauen konnte. Im Bibliotheksdienst sah er später zu seinem Erstaunen, wie die gelehrtesten Männer sofort zum „Brockhaus“ gingen, während Ungebildete stundenlang nach einer einfachen Tatsache suchten.“

Was hätte Goethe wohl gesagt, wenn er den jetzt erscheinenden „Großen Brockhaus“ zu Gesicht bekommen hätte? Pünktlich zum festgesetzten Zeitpunkt ist jetzt der 11. Band erschienen, mit einer unerhöplichen Fülle an neuem Tatsachenmaterial, mit zahlreichen einfarbigen und bunten Abbildungen prächtig ausgestattet. Es ist von eigenlichem Reiz, sich beim Durchblättern des Bandes einmal zu vergegenwärtigen, welche Artikel dieses Bandes sich in der in Goethe's Besitz befindlichen Auflage des Werkes noch nicht befunden haben können, und wir kommen auf diesem Wege zu einer eindrucksvollen Vorstellung der Welt, in der unsere Vorfahren vor etwa hundert Jahren gelebt haben. Da sind vor allem die Artikel, die über die beispiellose technische Entwicklung des letzten Jahrhunderts berichten: Lichtspielwesen (18 Spalten Text, 46 Abbildungen), Lokomotive (reiches Abbildungsmaterial), Luftschiff und Luftverkehr (58 Abbildungen, Flugfreckeneg, Karten!). Mit welcher Anteilnahme seines allumfassenden Wissensdranges hätte „der Alte von Weimar“ wohl die ausgezeichneten naturwissenschaftlichen Artikel des Bandes studiert, die wir unter den Stichwörtern Leuchtorganismen (mit einer farbenprächtigen Bildertafel), Luftdruck (mit bunten Karten: Luftdruckverteilung und Windstrome, Luftkreislauf) oder Laut finden. Oder die Artikel, die zu aktuellen Gegebenheiten im Zusammenhang stehen: Lappobewegung, Litauen (zur Nemelfrage!). Gerade auch bei diesen Artikeln, die mit unbestechlicher Sachlichkeit geschrieben sind, zeigt sich die Unentbehrlichkeit des „Großen Brockhaus“ für jeden von uns, der sich über die Ereignisse unserer Tage ein eigenes Urteil bilden und nicht nur nachsprechen will, was ihm andere vorreden. Ein Bekenntnis zum „Brockhaus“ ist ein Bekenntnis zur deutschen Kultur. Der Verlag macht den Bezug des Werkes so leicht wie nur möglich: er hat jetzt die Preise herabgesetzt und gestaffelt handweisen Bezug.

Der Große Brockhaus, Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Band 11: 2. Abt., 11. Heft, 23,40 RM.; bei Umtausch eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen 21,15 RM.

Warum man heiratet?

Ein dichter Philosoph des 18. Jahrhunderts hat die wichtige Frage, warum man heiratet, im „Bremischen Kalender“ von 1761 kurz aber treffend nach allen Richtungen hin beleuchtet und eine Antwort gegeben, die wohl auch heute noch im großen und ganzen zutreffend sein dürfte. Man erkennt daraus, daß sich die Beweggründe der Menschen in den letzten Jahrhunderten in den wichtigsten Angelegenheiten des Lebens nur wenig geändert haben; denn das Gedicht, das in Buchners „Annodajurnal“ der Vergessenheit entriffen wird, könnte ebensoviel heute von einem Menschenkenner verfaßt worden sein. Es lautet folgendermaßen:

Der Eine freit um Dukaten;
Der Andere nur um das Gesicht;
Der Dritte, weil es anders faten;
Der Vierte, weil's die Mutter spricht;
Der Fünfte tut's, um sich zu sehen;
Der Sechste denkt, es muß so sein;
Der Siebente tut's um's Erbgöhen;
Der Achte, weil die Schulden schre'n;
Der Neunte tut's nur um die Ahnen;
Der Zehnte, sich sein Glück zu bahnen;
Der Elfte, Zwölften fragt: Warum?
Sie wissen's nicht, sie sind zu dumm!

Humoristische Ecke.

Schabbes, Blig und Wurf.
Am größten jüdischen Fasttag tritt Samuel Jammermeier an einen Warshändler heran und fragt nach dem Preis. Vom Gewitterhimmel herab zuckt ein Blig, und ihm folgt ein jogenannter kaffer, aber fürchterlicher Donnerschlag. Jammermeier sieht zum Himmel und sagt: „Na, na! — Fragen wird man doch noch können!“

Auf dem Finanzamt.
„Guten Tag — ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie mein Einkommen falsch angesehen haben —“
„Unmöglich, junger Mann! Das Finanzamt irrt sich nie!“
„Das ist ja schön — Sie haben mir nämlich zu wenig Steuern berechnet!“

Der Nachbar.
„Aber Irene, willst du Georg wirklich verlassen? Du sagstst doch, er wäre das Licht in deinem Dasein!“
„Gewiß, aber das Licht hat die schlechte Gewohnheit angenommen, abends auszugehen!“

Die Diagnose.
„Woran ist denn dein Onkel eigentlich gestorben?“
„Das weiß ich nicht, aber der Arzt sagte, es wäre nichts Ernstliches!“

Theorie und Praxis.
Lehrer: „Nun, wenn der Zentner Kohle 3 Mk. kostet und der Kohlenhändler bekommt 15 Mk., wieviel Zentner Kohle liefert er dafür?“ — Mar: „Ungefähr knappe 4 1/2 Zentner.“ — Lehrer: „Aber Junge, das ist doch nicht richtig.“ — Mar: „Ne, richtig ist's nicht, aber machen ist er's.“

(Fortsetzung folgt)

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Auf zu neuer Verarbeitung! Schmiedet eine massive Gewerkschaftsfront!

Zahllos ist unserer Feinde Schar. Aber keinem von den vielen Feinden ist es je gelungen, den Gewerkschaften den Garaus zu machen. Im alten Deutschland, als die alten Herren der heutigen Nazis die Macht in der Hand hatten, da standen gegen uns: der Staatsanwalt und der Schöffe, der Gendarm und der Polizist, der Kaiser und seine Offiziere, Unternehmer und Kleinrentner, ja selbst der Nachtwächter des kleinsten Kaffs war pflicht- und auftragsgemäß unser Feind. Und in neuerer Zeit haben die Unternehmer aus Arbeiterkreisen Zugang erhalten. Die KPD hat 1918 gegen die Gewerkschaften die Judasrolle übernommen, ohne Erfolg. Und nun kommt die von den Unternehmern finanzierte Nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei und traut sich die Stärke zu, die freien Gewerkschaften zu zerschlagen. Den Nazis ist der Kamm geschwollen und so fordern sie in „Vertraulichen Richtlinien“ zur

Eroberung der Betriebe

überall auf. Es heißt da:

„Je früher wir es verstehen, diese Athletengestalt (des deutschen Arbeiters) in den Dienst der Nationalsozialisten zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen, Macht im Staate zu ergreifen und diesem verfaulenden System den Todesstoß zu versetzen.“

Auch der Kapp-Putsch hat gezeigt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der KPD lernen. Es dürfte uns auch viel leichter als der KPD fallen, die Betriebe zu erobern, und zwar auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandaapparates. Also Pg., auf in den Entscheidungskampf 1932! Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser!“

Mit anderen Worten heißt der Schlusssatz, der Sieg ist den Kapitalisten, von denen die „starke finanzielle Kraft“ kommt. Wer die Nazi-Partei für eine Arbeiterpartei hält, der

sehe einmal, wo die Mandate der Deutschnationalen und der Volkspartei hingekommen sind: zu den Nationalsozialisten. Aber die Unternehmer werden auch mit der Larve der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei die Gewerkschaften nicht erobern, so wenig, wie ihre gelben Schutztruppen und die NSD. dies vermochten.

Gehen wir zum Angriff über!

Der Hieb ist die beste Parade. Mit aller Energie müssen wir die Agitation in jedem Falle mit den geeigneten Mitteln entfalten. Wo noch Unorganisierte sind, muß die Agitation in geeigneter Weise unverzüglich eingeleitet werden, wenn nötig, hole man den Rat des Gauleiters ein. Unfähigkeit wäre gerade jetzt unverantwortlich. Es müssen alle verfügbaren Kräfte für die Agitation angespannt werden. Unternehmer und Nazis vertreten den Standpunkt:

Haben wir die Gewerkschaften niedergedrungen, dann haben wir die Arbeiterbewegung besiegt.

Dafür opfern sie erhebliche finanzielle Mittel, dafür müssen die Schlichter den Lohn abbauen und an die Stelle der heutigen Unternehmer syndi- werden die Nazigauleiter als eine Art Tierbändiger treten, um die Arbeiter in Schach zu halten.

Die Nazis und ihre Geldgeber wissen genau, daß sie bei dem Versuch, die Gewerkschaften zu zerschlagen, auf Granit stoßen. Diese „Athletengestalt“ fürchten sie. Sie wollen diesem „System den Todesstoß versetzen“. Dieses Warnungssignal muß jeden Funktionär auf den Plan rufen. Es gilt, den nationalsozialistischen Unternehmern die Hoffnungen zu zerschlagen. Die Gewerkschaften,

„diese Athletengestalt“, muß noch viel mächtiger werden.

An dieser Athletengestalt sollen sich die prostituierten Nazijünglinge ihre Schädel einrennen.

Auf an die Arbeit, schlagen wir die Nazis, bevor sie zum Angriff kommen!

beginnen in der Tiefe mit 23 Pf. je Stunde, und der höchste Stundenlohn in der Gruppe A, Handwerker über 21 Jahre alt, ist in Ortsklasse I 82,5 Pf., Ortsklasse II 80 Pf. und Ortsklasse III 76,5 Pf. Diese Löhne sollen nun nach dem neuen Schiedspruch um 4 bis 9 Prozent gesenkt werden. Das sind also die „zu hohen Löhne“ oder „Unebenheiten“, die nach den Worten des Reichsarbeitsministers beseitigt werden müssen. Wir können also nach dieser Richtung in den nächsten Tagen noch viel erwarten.

Es ist allerhöchste Zeit, daß eine Abwendung von diesem verhängnisvollen Kurs des Reichsarbeitsministers genommen wird. Der sogenannte „zu hohe Lohn“, der nach der „Bergwerkszeitung“ sogar der Hauptschuldige der Wirtschaftskrise sein soll (fehlt nur noch zu behaupten, daß die Weltwirtschaftskrise durch den „zu hohen deutschen Lohn“ verursacht ist), ist es wahrhaftig nicht, der nur angegriffen zu werden braucht, um zu einer Belebung der Konjunktur zu kommen. Die so starke Technisierung in allen Industrien mit der Brotlosmachung von Hunderttausenden und Millionen Arbeitnehmern ist einer der Hauptgründe des gegenwärtigen Zustandes in wirtschaftlicher Hinsicht. Es darf daher nicht Aufgabe eines Reichsarbeitsministers oder einer Regierung sein, die Kaufkraft durch weiteren Angriff auf den Lohn zu schwächen, sondern Schutz dieser Kaufkraft ist im Augenblick das Gebot der Stunde. Die deutsche Wirtschaft braucht für eine bestimmte Zeit zur Erholung Ruhe im Lohne, damit eine genaue Preisregelung geschehen kann und wir durch diese gewonnene Stabilität zu einer langsamen Belebung der Konjunktur kommen.

Bei der jetzigen Art und Taktik des Reichsarbeitsministers kann niemand kalkulieren.

Die Folge ist: größte Zurückhaltung mit Aufträgen in der Hoffnung, es wird noch billiger, und daher Stückung der Ansätze eines konjunkturellen Aufstiegs.

Was uns not tut, ist emsige Tätigkeit in der Arbeitsbeschaffung. Die starke Technisierung und Brotlosmachung von so vielen Arbeitnehmern zwingt die Leiter des Staates, vor allem den Reichsarbeitsminister, auf diesem Gebiete und im Interesse der Menschheit des Staates zu zeigen, daß der Angriff am richtigen Fleck geschieht. Um diesen Punkt kommt kein Reichsarbeitsminister, keine Regierung herum. Ohne Angriff in dieser Richtung wird eine Befundung der Wirtschaft und damit des Staates in seiner ganzen Verwaltung- und finanziellen Tätigkeit nicht geschehen. Vorschläge sind genug gemacht. Wir wollen endlich einen Anfang sehen. Der fortwährende Angriff auf den Lohn ist Sisyphusarbeit, und das Gegenteil von dem wird erreicht, was erreicht werden soll. Karl Müller.

Wo ist die Grenze, Herr Stegerwald?

Das Lohn- und Gehaltsniveau der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist, soweit wir in der Geschichte der letzten 12 Jahre und darüber hinaus zurückblättern, in Deutschland noch nie durch amtliches Eingreifen so stark dezimiert worden wie im Jahre 1931 und Anfang 1932. Innerhalb eines Jahres ist der Lohnstand zurückrevidiert worden auf die Mitte des Jahres 1925. Das kann auch Herr Stegerwald als derzeitiger Reichsarbeitsminister nicht bestreiten. Er hat gewußt, daß der Stand vom 10. Januar 1927 nach den Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 fast in allen Fällen der Lohn ist, der Mitte 1925 Geltung gehabt hat. Das ist ein Einschnitt in Lohn und Gehalt, der nur unter außergewöhnlichen Umständen vollbracht werden kann und lediglich als eine Notmaßnahme zu betrachten ist. Damit müßte es vorerst sein Bewenden haben, um die Möglichkeit zu geben, trotz der so stark geschwächten Kaufkraft zu stabilen Verhältnissen zu kommen. Eine gesunde Kalkulation kann nur ermöglicht werden, wenn die Unsicherheit auf dem Markte zum Verschwinden gebracht ist.

Die Unsicherheit auf dem Wirtschaftsmarkt besteht nun wirklich lange genug.

Auch ein Minister und eine Regierung sollten erkennen, daß es an der Zeit ist, in der Lohn- und Gehaltsfrage eine gewisse Stabilität eintreten zu lassen, wenn nicht schließlich in Deutschland alles drunter und drüber gehen soll.

Alle Mahnungen nach dieser Richtung scheinen nicht zu fruchten. Die Angriffe der Unternehmer und der Arbeitgebervereinigungen gegen die Lohn- und Manteltarife gehen manter auf der ganzen Linie weiter. In der „Bergwerkszeitung“ vom 2. April d. J. faßelt ein Artikelschreiber vom „Jergarten des politischen Lohnes“. Wörtlich schreibt er:

„Alles, was bisher von Reichs wegen in Sachen der Wirtschaft geschah, ist nichts anderes als ein scheues Herumgehen um den heikelsten, aber wichtigsten Punkt, die Lohnfrage. Seit der Lohn nicht mehr als das angesehen wird, was er ist, seit er politisch geworden ist, geht es abwärts, zeigt sich die Not, und doch gibt es nichts, was mehr wirtschaftsreal ist als gerade der Lohn. Von hier aus haben sich denn auch alle Krankheiten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens entwickelt. Der entartete Lohn ist zur Krebskrankheit der Wirtschaft geworden.“

Es ist angesichts dieser Einstellung nicht zu verwundern, daß der Verfasser des Artikels zu dem Schlusse kommt, daß nicht einmal die Lohnbasis von 1924 noch in Betracht kommen wird. Stärker können die Tollheiten in Beurteilung des Lohnfaktors in wirtschaftlicher Beziehung nicht mehr gehen. Man stelle sich vor, daß wir im Dezember 1923 den Höhepunkt der großen Inflation hatten. Anfang 1924 ist infolge der völligen Verarmung Deutschlands der Lohn so tief festgesetzt worden, wie es tiefer nicht mehr ging. Dieser (man

nehme es mir nicht übel) erbärmliche Lohn soll nach dem Artikelschreiber in der „Bergwerkszeitung“ bei der jetzigen Festsetzung nicht einmal mehr in Betracht kommen — wenn Deutschland wieder „gesund“ soll. Höher geht faktisch wirtschaftliche „Unternehmerweisheit“ nicht mehr.

Der scharfe Einschnitt in den Lohn- und Gehaltsstandard durch die Notverordnung im Dezember 1931 sollte eine Herabsetzung der Preise nach sich ziehen und war damit auch eine Verminderung des Geldumlaufs in Deutschland verbunden. Nur teilweise sind die Preise gefolgt. Sollte der Erfolg dieses scharfen Einschnitts im Lohne in konjunktureller Weise ausbleiben,

wäre nach den bekanntesten schriftlich niedergelegten Worten des Reichskanzlers Brüning eine „neue Situation“ gegeben.

Wie sieht die „neue Situation“ aus? Vor kurzer Zeit gab Herr Stegerwald noch in der Presse bekannt, daß die Arbeitgeber wahrscheinlich im großen Umfange nicht zu Aufkündigungen der Verträge greifen werden. Das Gegenteil ist eingetreten. Innerhalb unseres Verbandsgebietes sind nicht weniger als 75 Mantelverträge für 3301 Betriebe mit 249 743 Beschäftigten und nicht weniger als 174 Lohnverträge für 3031 Betriebe mit 135 513 Beschäftigten von Arbeitgeberseite gekündigt worden. Das ist die neue Situation, Herr Reichsarbeitsminister. Und welche Stellung nehmen Sie dazu ein? Alles andere, nur keine klare, die diese Situation erfordert. Wenn man es fertiggebracht hat, durch einen Hieb in gesellschaftlicher Hinsicht einen so tiefen Einschnitt in das Lohn- und Gehaltsniveau zu vollbringen, dann dürfte es wirklich nicht schwer sein, angesichts dieser Tatsache ein Heiß auf der ganzen Linie durch gesetzliche Maßnahmen für einen gewissen Zeitraum ebenfalls zu bieten. Dazu vermag sich der Reichsarbeitsminister nicht aufzuschwingen. Er will „noch zu hohe Löhne“ und „Unebenheiten“ beseitigt wissen. Was unter diese Begriffe fällt, mögen die Götter wissen. Es bleibt Auffassungssache der einzelnen Schlichter oder Schlichtungsansprüche, was evtl. darunter fallen kann. Die Auswirkung dieser unglücklichen Stellungnahme im Reichsarbeitsministerium zeigt z. B. für unser Verbandsgebiet der Schiedspruch für die Papierindustrie des Freistaates Sachsen. Die Richtlinien des Reichsarbeitsministers scheinen dem Schlichter die freie Betätigung genommen zu haben. Erneut ist eine rund 4- bis 5prozentige Lohnsenkung durch Schiedspruch festgelegt. Das ist nun in gut einem Jahre die vierte Lohnsenkung für diesen Bezirk dank der „glorreichen“ Einstellung des Reichsarbeitsministers Stegerwald.

Und wie hoch stehen die Löhne für die Papierindustrie Sachsens? Die Löhne der Arbeiterinnen in der Gruppe C

Wie ein NSD.-Führer verleumdet.

Zwei Monate Gefängnis, Tragung sämtlicher Kosten und Publikation in zwei Tageszeitungen wegen öffentlicher Beleidigung der Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzenden Koll. Roth und Weber in der J.-G. Farbenindustrie, Werk Fim.-Höchst, erhielt der NSD.- und KPD.-Führer Bruno Schade (Höchst).

In der Zeitschrift der NSD. für die Höchster Chemieproleten, genannt „Der Rotfabriker“, 4. Jahrgang Nr. 20, wurde der Betriebsratsvorsitzende Koll. Roth als Schieber übelster Art bezeichnet. In diesem Artikel, der im rein kommunistischen Jargon gehalten war, sollte der Arbeiterschaft klargemacht werden, was Roth für ein sozialfaschistischer Betriebsrat ist. 3500 alte Falzriegel soll er vom Werk bezogen und an einen Bauunternehmer sowie an eine Landwirtschaftswirt vertrieben haben. Als Anerkennung für seine Handlangerdienste gegenüber der Direktion durfte er diese Schiebung machen, ohne entlassen zu werden.

In einem weiteren Artikel derselben Nummer wurde der Arbeiterratsvorsitzende Koll. Weber (damit keiner zu kurz kam oder sie sich gegenseitig trösten konnten) als Lügenmann hingestellt. Er habe sich in den Augen der NSD.-Leute ein furchtbares Verbrechen zuschulden kommen lassen gegenüber einem kommunistischen Arbeiterratsmitglied. Das kommunistische Arbeiterratsmitglied erklärte in einer Belegschaftsversammlung, es gebe keine NSD. Daraufhin hat Weber überzeugend nachgewiesen, daß es doch eine NSD. gibt, daß sie von den Kommunisten gegründet wurde zu dem ausschließlichen Zweck, die freien Gewerkschaften damit zu zerschlagen. Weil er dabei noch den ullen ehrlichen Nazi Dienstabrahamie (letzterer ist aus dem Spionageprozeß der Öffentlichkeit bekanntgeworden), war es ganz aus.

Nun sind ja die beiden Kollegen an Verunglimpfungen der KPDisten und NSD.-Leute allerlei gewohnt und wären deshalb nicht zum Rudi gelaufen, sondern hätten im Arbeiterat und in der Belegschaftsversammlung zu diesen Dingen ein Wortchen gesagt, aber die Vertrauensleute verlangten, daß endlich mit dieser falschen Nachricht Schluß gemacht und Klage erhoben wird. Es kam hinzu, daß diesmal nicht irgendein Abgeordneter als verantwortlich unterzeichnete.

So wurde denn vor dem Schöffengericht in Fim.-Höchst dem verantwortlichen Herausgeber Bruno Schade Gelegenheit gegeben, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Dies konnte er natürlich nicht, und so wurde er zu 50 Mk. ein Genosse von ihm, der den „Rotfabriker“ vor dem Fabrikator verkauft wie ein „Wahrer Jakob“ mit dem Ruf: „Roth, der Schieber, und Weber, das Lügenmann“, wurde zu 20 Mk. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikation in zwei Tageszeitungen verurteilt. Der Wahrheitsbeweis, so sagte der Richter, sei in keiner Weise erbracht. Auf dieses Urteil hin hätte man annehmen können, die Angelegenheit sei erledigt. Weit gefehlt. Nach dem Motto: Nur feste draußlos verleumdet, etwas bleibt schon hängen, schrieb derselbe Herausgeber Schade, ehe das Urteil rechtskräftig wurde, zu dem Urteil: 70 Mk. ist ihre Ehre wert; das Gericht hat bestätigt, was wir sagten. Fest steht, daß Roth ein Schieber und Weber ein Lügenmann bleibt. Jetzt können sie erneut hingehen und klagen.

Den Gefallen haben wir diesem Herrn auch noch getan, den Wahrheitsbeweis konnte er wieder nicht erbringen. Er flechte sich hinter Zeugen, die er nicht laden lassen konnte, weil er als Arbeitslos kein Geld dazu habe. Dagegen blieb er aber hartnäcklich darauf bestehen, daß N. ein Schieber und W. ein Lügenmaul seien. Das Urteil fiel in diesem Falle, weil eine wiederholte Verleumdung trotz Verurteilung vorlag, härter aus. Es lautete auf zwei Monate Gefängnis, Ertragung der Kosten und Publikation in zwei Tageszeitungen. Gefängnisstrafe deswegen, weil die Geldstrafe im ersten Urteil nicht die erzieherische Wirkung auf den Angeklagten ausgeübt hat.

Das war dem Angeklagten nun aber doch zu dumm. Sich wegen so zweier Sozialaschiffen zwei Monate einsperren lassen, ging hin und legte Berufung ein mit dem Erfolg, daß diese kostenpflichtig abgewiesen wurde. Bewährungsfrist konnte der Richter der zweiten Instanz nicht gewähren. Er gab dem Angeklagten aber den gutgemeinten Rat, zum Richter der ersten Instanz zu gehen und dort zu erklären, daß er einsehe, daß es nicht richtig gewesen sei, was er gemacht habe, und er fortan die beiden Kläger in Ruhe lassen wolle, dann könne er möglicherweise Bewährungsfrist erhalten.

Ob der Beklagte das getan hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Soweit der Sachverhalt.

Die 40-Stunden-Woche.

Im Reichsarbeitsministerium wird zur Zeit ein Notverordnungsentwurf über die 40-Stunden-Woche ausgearbeitet. Der Entwurf sieht einerseits die Verringerung der tariflichen Mehrarbeit, und zwar allgemein, andererseits die Herabsetzung der Arbeitszeit in bestimmten Gewerben vor. Die tarifliche Mehrarbeit soll, soweit sie über 48 Stunden wöchentlich hinausgeht, in Zukunft von einer besonderen behördlichen Genehmigung abhängig gemacht werden, und zwar bei Arbeitern und bei Angestellten. Eine Ausnahme soll lediglich für die Großeisenindustrie eingeführt werden. Die Arbeitszeitverkürzung auf Grund der Notverordnung vom 5. Juli 1931 auf 40 Wochenstunden soll zunächst nur im Bergbau, im Salinenwesen, in der Industrie der Steine und Erden, der chemischen und Papierindustrie, dem Vielfältigungsgerwerb, bei den Mälzereien und Brauereien, im Bauhandwerk und bei Bauunternehmungen durchgeführt werden.

Warum so zaghaft? Weshalb soll nicht allgemein die 40-Stunden-Woche in allen Berufszweigen eingeführt werden? In den zu erwartenden Besprechungen mit den Gewerkschaften wird noch manches zu sagen sein. Es dürfen nicht wieder tausend Ausnahmen zugelassen werden. Es darf keine Lohnkürzung eintreten. Es müssen zugleich mit der Arbeitszeitverkürzung Arbeitskräfte eingestellt werden.

Bericht des Gaues 3 über das Jahr 1931.

In unserem Gau nimmt die Grobkeramik eine besondere Stellung ein. Die Lage auf dem Sammarkt drückt auf unsere Kollegen in der Baustoffindustrie sehr stark. Die wenigsten unserer Kollegen konnten 26 Wochen arbeiten. Ein großer Teil kam überhaupt nicht in Arbeit, ein anderer Teil arbeitete 8 oder 10 Wochen. 80- und 90prozentige Arbeitslosigkeit in unseren Zieglerzahlstellen ist die Norm.

Die Glasindustrie ist von der Wirtschaftskrise sehr stark berührt. Von 52 in der Weichglasindustrie vorhandenen Betriebsstätten (Öfen) waren am Schluß des Jahres nur noch 21 in Betrieb. In der chemischen Industrie mußten wir ebenfalls einen Lohnabbau in Kauf nehmen. Die Unternehmer klagen so oft über den

Schematismus der Tarifverträge. Den Lohnabbau forderten sie aber ganz schematisch, und daß die Schlichtungsausschüsse in dieses Schema eingegliedert waren, ergibt sich aus der Begründung, die der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, Gewerberat Körner, seinem Spruch über den Lohnabbau für die chemische Industrie beifügte und deren wichtigster Satz lautete:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob auch in der chemischen Industrie eine Lohnkürzung unbedingt notwendig war. Nachdem sie in den meisten anderen Wirtschaftsgebieten bereits durchgeführt ist, kann dem Antragsteller billigerweise nicht zugemutet werden, die bisherigen Löhne weiter zu zahlen.“

Die J.-G. Farbenindustrie begnügte sich nicht mit dem für die übrige chemische Industrie erfolgten Abbau. Sie beantragte für ihre Werke in Preußen und Ostpreußen die Verfestung in eine tiefere Lohnklasse, und sie führte, ohne Rücksicht auf bestehende Bestimmungen, diesen weiteren rigorosen Lohnabbau auch durch. Später gelang es uns, einen kleinen Teil des Lohnabbaues wieder gutzumachen. In den übrigen Industrien hatten wir keine größeren Differenzen. Der Lohnabbau bewegte sich auf jener Linie, die von den Schlichtungsbehörden im allgemeinen eingehalten wurde. Hoffentlich ist die Zeit nicht allzu fern, wo wir wieder zur Offenstove übergehen können.

Ausbauerichert den Erfolg.

Die Zahlstelle Goslar a. Harz veranstaltete im April einige Werbewochen. Und der Erfolg? Unsere Funktionäre haben 52 neue Mitglieder gewonnen.

Nun weiter vorwärts! Wir verkörpern die sittlich reine, humanitäre Arbeiterbewegung. Wir werden siegen über alles Niedrige.

Unser Verbandsfilm „Aufstieg“ wurde in mehreren Zahlstellen gezeigt. Erfreulicherweise dürfen wir feststellen, daß der Film die Wankelmütigen wieder aufgerüttelt hat und daß unsere Kollegen erneut bestärkt wurden in ihrem Bestreben, dem Verband nicht nur die Treue zu halten, sondern für den Verband zu werden und zu wirken. Es verstummten all die Reden: „Was hat der Verband geleistet, was ist der Verband zu leisten imstande?“ als der Bildstreifen klar und deutlich zeigte, welche Machtfülle von der organisierten Arbeiterschaft ausgeht, was solidarisches Zusammenhalten vermag. Die Erfolge, Leistungen und Ziele des Verbandes wirkten überzeugend. So manch junger Kollege wird anerkannt haben, unter welchen Drangsalierungen und Entbehrungen die Gründer des Verbandes zu leiden hatten. Der Vorsitz, den alten Kollegen nachzueifern, wurde wach.

Die Jugendbewegung gewinnt auch in unserem Gau immer mehr an Boden. Die Schwierigkeiten in unserem Verband sind gegenüber Berufsorganisationen viel größer. Wir haben es in den seltensten Fällen mit Jugendlichen zu tun, die an einen bestimmten Industriezweig gebunden sind. Ein dauerndes Wechseln der Arbeitsstelle erschwert die Agitation unter den Jugendlichen. Es muß lobend anerkannt werden, daß unsere Zahlstelle Kottbus eine starke Jugendgruppe hat. In der Zahlstelle Berlin sind Kräfte am Werk, um die neugegründete Jugendgruppe wieder auszubauen. Der Jugendfilm „Freundschaft“ steht allen Zahlstellen zur Verfügung.

Dann möchten wir noch ein paar Bemerkungen über den östlichen Teil unseres Gaues machen. Ein Betrieb nach dem anderen kommt dort zum Erliegen. Dem Osten fehlt für den größten Teil der Produktion die Absatzbasis. Diese Basis kann auch nicht durch Osthilfe-Gesetze und ähnliche Dinge geschaffen werden. Die ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge durch den Verfall der Vertragserfolge Grenzziehung hat verheerende Folgen. Betriebe werden zum Stillstand verurteilt, das Kapital wandert ab oder verlegt die Produktion in andere Konzernbetriebe. Welche Entwicklung da die Gemeinden und Städte nehmen, ist leicht vorstellbar. Es ist ein langames Absterben. Wieviel menschliches Elend sich da häuft, welche Tragödien sich abrollen, dringt selten über den örtlichen Kreis hinaus. Mancher bitterer, verzweifelter Notschrei dringt zu uns ins Gaubüro, wie folgende Zuschrift zeigt:

Schlussfolgerungen aus den Landtagswahlen.

Am 24. April haben Landtagswahlen stattgefunden in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt. Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei haben eine absolute Mehrheit nur in Bayern, während eine solche erreicht ist von den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in Anhalt. Dort kann also Braunschweig seine Wiederholung finden. In den anderen Ländern hat keine Parteigruppierung, die arbeitsfähig wäre, eine Mehrheit. In Preußen könnten die verfassungstreuen Parteien eine starke Mehrheit nur bilden mit den Kommunisten. Aber wer hat diese Hoffnung? Einmal ist ja im August des vorigen Jahres die KPD in Preußen gemeinsam mit den Nationalsozialisten zum Volksentscheid gegangen, um die Weimarer Koalition zu sprengen. Und zweitens macht ja die KPD keine Politik im Interesse Preußens bzw. Deutschlands, sondern im Interesse Rußlands. Die KPD kann ihre Demagogie gar nicht aufgeben, ohne zu riskieren, daß ihr die in zwölf Jahren geistig verkümmelte Anhängererschaft vollends zum Verlust läuft. Für Württemberg und Hamburg gilt das gleiche wie für Preußen, soweit die Mehrheitsbildung in Frage kommt.

Die Wahlen zeigen, daß die reaktionären Rechtsparteien mehr und mehr angerichtet werden, sich aber in ihrem Sammelbeden, der Nationalsozialistischen Partei, wiederfinden. Dorthin wandern auch die kommunistischen Wähler zum Teil ab. Diese Erscheinung hat ihre Ursache in der Erziehung der KPD-Wähler: Volksabstimmung 1931 mit den Nazis und die bis zur Wählzeit propagierte Behauptung, die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind. Eine direkte und indirekte Schwächung der wirklichen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, hat auch die Gewerkschaften verursacht. Sie hat in die Reihen der Arbeiterschaft Verwirrung getragen, ohne selbst einen Erfolg zu haben.

Neben den ausgeprochenen Kapitalisten stehen den Haupttrupp der nationalsozialistischen Wähler die Mittelständler und die Bauern. Aber auch Arbeiter sind dazu genug zu glauben, die Nazis könnten auch nur zum Teil verwirklichen, was sie in freigelegter Weise versprochen.

Der Nationalsozialismus hat sein erhofftes Ziel, eine Mehrheit für sich nirgends erreicht. Deshalb will er sich jetzt auf die Generalaschiffen und auf die Betriebe werfen, um die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Er weiß, daß ihm die organisierte Arbeiterschaft einen schweren Schlag versetzen kann, wenn er nach der politischen Macht greifen will. In einem geheimen Mandat schreiben heißt es diesbezüglich: „Appell an seine Unwahrscheinlichkeit und an der Niedrigkeit seiner Spannung früher oder später zugrundegehen. Aber der Sozialismus wird siegreich sein. Und weil es so ist, deshalb gehen wir mit Feuerreifer an die Tagesarbeit, an die Kleinarbeit, und setzen Stein auf Stein, um die neue Welt zu bauen. Wir formen den Geist der Menschen und damit die Menschen selbst, die der Sozialismus braucht.“

In der Agitation formen wir den neuen Geist, die neuen Menschen, eine neue Welt, die sozialistische Welt, trotz alledem!

„Ist es denn gar nicht möglich irgendwie mal zur Linderung der elenden Lage hier etwas beizutragen? Denn hier wäre es wirklich mal angebracht. In ganz kurzer Zeit sind hier zwei Frauen von Kollegen und ein früherer Kollege der Ironianfall in Sorau überwiegen worden. Wenn das so weitergeht, sind diese noch nicht die letzten.“ Bis ein Mensch zusammenbricht, bis seinen Geist dunkle Nacht umfängt, wach herzerregender Jammer, wieviel Gram muß da den Menschen heimgeführt haben. Wie mancher Fluch mag da dem kapitalistischen System gelten! Wie werden wir erlahmen im Kampf für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, denn dieser Kampf ist für jene, mit denen wir uns menschlich und schicksalsmäßig verbunden fühlen.

In Zeiten der Krise, wie wir sie jetzt durchleben, können nicht alle Wünsche, welche an die Organisation gestellt werden, erfüllt werden. Das liegt sicher zum geringsten Teil an uns. In Krisenzeiten wandelt sich bei dem Unternehmertum und bei anderen Stellen der Begriff der Tarifstreue und der sozialen Gerechtigkeit. Was jahrelang als feststehend bei der Auslegung von Tarifverträgen galt, wird in das Gegenteil umzubiegen versucht. Aber die Organisation nahm auch in dieser schwierigen Zeit die Interessen unserer Kollegen wahr. Akkordverhandlungen in den Betrieben, Klagen vor den Arbeitsgerichten, Vertretungen bei den Spruchauschüssen der Arbeits- und Versicherungsämter häuften sich in vorher nicht gekanntem Ausmaß. Die Gesamtzahl aller Veranlassungen, an denen die Organisation teilnahm, beträgt 702. Das wir dabei den Interessen unserer Kollegen gedient haben, können wir am besten mit aus der Hartnäckigkeit, mit der die Unternehmer uns entgegenstehen, schließen.

Werfen wir heute den Blick zurück, dann können wir feststellen, daß sich die Organisation behauptet hat. Wohl haben wir einen Mitgliederrückgang von 4229 zu verzeichnen. Was wir verloren haben, werden wir aber zurückgewinnen. Eine Organisation, die wie die unsterbliche in der Krise derart behauptet, hat in sich starke Kräfte, die werdend für sie wirken. Das Gros der Mitglieder ist treu geblieben. Die Organisation im Gau steht, im ganzen betrachtet, unerhöht da. Dies ist zu danken der treuen Mitarbeit unserer Funktionäre in Stadt und Land. Unsere Organisation wird auch diese Krise überwinden, und es wird sich auch fernerhin zeigen, daß sie eine wirksame Waffe gegen jede Reaktion ist. Daß sie dies sein kann, dankt sie der Treue und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder. Wenn wir in solidarischer Verbundenheit miteinander dem Ganzen dienen, dann können wir unserem Ziel, dem Sozialismus, beträchtlich näher.

Der National-„Sozialismus“ ein Leim, um die Vögel zu fangen.

In dem Scheringer-Prozess plauderte ein ehemaliger stammer Parteianhänger der Nazis aus der Schule. Scheringer war aus der Festung nach Berlin gekommen, um sich über die wahren Ziele der Nationalsozialisten zu orientieren. Auf der Reise von Berlin nach München hat Scheringer den Pg. Goebbels über die wahren Ziele der Nazis im Auskunft erlucht. Dabei wurde die Hauptforderung der Nazis, die „Brechung der Zinsknechtschaft“, von Goebbels als Fiederscher Unsinn bezeichnet, wobei der das Brechen bekommt, der das Lesen muß. Über die sozialistischen Ziele gefragt, erklärte Goebbels, der Sozialismus sei nur der Leim, um die Vögel zu fangen. Wenn dies auch inzwischen von vielen erkannt wird, so ist es aber doch aufschlußreich, es aus berufenem Munde bestätigt zu bekommen. Die ganze Nazibewegung ist ein großer Schwindel und in ihrer ganzen Ausdehnung nur darauf angelegt, Dumme zu fangen. Die Führer dieser Bewegung wollen mit Hilfe der eingefangenen Dummköpfe zu gut bezahlten Posten gelangen.

Das Armenrecht im Rechtschutz.

Der Staat stellt seine Rechtsprechung, von besonderen Fällen abgesehen, nicht unentgeltlich zur Verfügung. Er verlangt von der beantragenden Partei, von der Partei, die Entscheidung in einer streitigen Angelegenheit oder eine andere Amtshandlung — z. B. Pfändung durch einen Gerichtsvollzieher — herbeigeführt haben will, einen entsprechenden Kostenvorschuß. Diese Last hätte bei konsequenter Durchführung schwere Härten zur Folge, weil dann eine arme Partei, die nicht über genügend Vermittel verfügt, ihre Forderung an einen anderen oder eine sonstige Streitfrage nicht zur gerichtlichen Entscheidung bringen könnte. Ähnlich liegt es bei zwar vermögenden Personen, die aber zur Zeit kein verfügbares Vermögen, also keine Vermittel besitzen. Man könnte zwar einwenden, solche Parteien mögen eine Klage bis zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zurückstellen. Dies wird aber nicht in allen Fällen möglich sein, zumal, wenn es sich um geldliche Forderungen oder ähnliche Ansprüche handelt, welche nach Ablauf einer bestimmten Frist (§ 194—229 BGB.) verjähren, oder wenn es sich um eine Klage handelt, deren Entscheidung für die arme Partei zur Vermeidung einer Kostlage usw. unbedingt nötig ist. Um die Rechtsgleichheit aller ihrer Bürger zu sichern, haben wohl die meisten Kulturstaaten Einrichtungen geschaffen, durch die auch unvermögende, arme Parteien ohne Kostenvorschuß die Rechtsprechung und sonstige Amtshandlungen des Staates in Anspruch nehmen können. Es geschieht das bei uns durch eine Entscheidung des zuständigen Gerichts mit dem Beschluß: „Der klagenden Partei wird das Armenrecht erteilt.“ Auch an Ausländer, soweit ihr Heimatland dem Saager Abkommen beigetreten ist, also Gegenseitigkeit verbürgt, kann das Armenrecht erteilt werden. Inwieweit an Staatenlose das Armenrecht erteilt werden kann, ist leider noch nicht eindeutig entschieden.

Die gesetzlichen Unterlagen zur Bewilligung des Armenrechts sind im siebenten Teil der Zivilprozessordnung und in der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 im sechsten Teil Kapitel I niedergelegt. — Wo im folgenden nur die Paragraphen angegeben sind, handelt es sich um die Zivilprozessordnung. — Nach § 114 kann nur Anspruch auf Bewilligung des Armenrechts erhoben, wenn außerstande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten. „Ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts“ bedeutet aber nicht etwa, daß die klagende arme Partei aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müsse. Nein, alle Staatsbürger, bei denen obige und folgende Voraussetzungen erfüllt sind, können das Armenrecht beantragen. Wenn selbst als vermögend angesehene Personen das Armenrecht in Anspruch nehmen, wird öfters in der Tagespresse zu lesen ist, so hat dies im § 114 seine Begründung. Mit der Hilfsbedürftigkeit im Sinne der Wohlhabenspflege hat das Armenrecht nicht das geringste zu tun.

Weitere Voraussetzungen zur Erlangung des Armenrechts: Die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder auch Rechtsverweigerung darf nicht ansichtslos sein oder unwillig angestrengt werden. In § 114 sagt die Notverordnung vom 6. Oktober 1931, daß die Worte „nicht ansichtslos“ eingeschränkt werden in „Anspruch auf Erfolg hat“; ferner soll als „unwillig“ angesehen werden, wenn eine andere Partei ohne Armenrecht solche Prozesse, sei es, weil die Klagepunkte zu gering oder weil ansichtslos in der Streitbarung, nicht führen würde. Der Gesetzgeber will damit vermeiden, daß mit dem Armenrecht Mißbrauch getrieben wird oder von sog. „Prozessbauern“ in leichtfertiger Weise Prozesse angestrengt werden. Für den prüfenden Richter ist zur Feststellung der Voraussetzungen zur Bewilligung des Armenrechts ein weiter Spielraum gegeben. Er soll, wenn dies aus besonderen Gründen nicht unzweckmäßig erscheint, den Gegner hören, und, wenn es ohne erhebliche Verzögerung möglich ist, Erhebungen anstellen. (Notverordnung

vom 6. Oktober 1931, § 11 Abs. 3.) Dies Verfahren, die evtl. Vernehmung des Gegners ohne die arme Partei, enthält für die letztere große Gefahren und läßt die Bedenken aufsteigen, daß dadurch die berechtigten Interessen der armen Partei benachteiligt werden können, zumal auch das Beschwerderecht (siehe weiter unten) eingeengt ist.

Für die Rechtsabteilungen der Gewerkschaften ist es eine dankenswerte Aufgabe, die Entwicklung des Armenrechts unter den vorbenannten einschränkenden Bestimmungen zu verfolgen, um gegebenenfalls die entstandenen Nachteile zur öffentlichen Aussprache zu stellen.

Teilweise Bewilligung des Armenrechts kann nach § 115 Abs. 2 in vermögensrechtlichen Streitigkeiten durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 auch in nichtvermögensrechtlichen erfolgen, wenn die arme Partei ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts einen Teil der Kosten tragen kann. In solchen Fällen jagt der Bewilligungsbescheid, für welche Teile der Kostenbefreiung eine Befreiung nicht eintritt.

Uneingeschränkte Bewilligung des Armenrechts hat nach § 115 Abs. 1 für die arme Partei zur Folge:

1. die einstweilige Befreiung von Gerichtskosten (einschließlich der Gebühren der Beamten), der den Zeugen und den Sachverständigen zu gewährenden Vergütung und der sonstigen baren Auslagen (sowie der Stempelsteuer);
2. die Befreiung von Sicherheitsleistungen für die Prozeßkosten;
3. das Recht, daß ihr zur vorläufig unentgeltlichen Bewirkung von Zustellungen und von Vollstreckungshandlungen ein Gerichtsvollzieher und, insoweit eine Vertretung durch Anwälte geboten ist, zur vorläufig unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte ein Rechtsanwalt beigeordnet werde.

Auch kann der armen Partei, die nicht im Bezirke des Prozeßgerichts wohnt, insoweit nicht eine Vertretung durch Anwälte, wie z. B. bei Landgerichtsprozessen, geboten ist, zur unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte in der mündlichen Verhandlung ein Justizbeamter, der nicht als Richter angestellt ist, auf Antrag beigeordnet werden. (§ 116.)

Ein Armenzeugnis ist dem Antrage auf Bewilligung des Armenrechts beizufügen. Bei der zuständigen Bürgermeisterei ist zu erfragen, welche Behörde das Armenzeugnis ausstellt. Vom Antragsteller zur Erlangung eines Armenzeugnisses, soweit er Lohnempfänger ist und Vermögen nicht besitzt, ist eine Lohnbescheinigung des Arbeitgebers vorzulegen. Ist er Unterstützungsempfänger, so muß er eine Bescheinigung des Arbeits- oder Wohlfahrtsamtes beibringen. In den übrigen Fällen sind Veranlagungsbescheide ufw. des Finanzamts nötig. Ferner müssen durch Dokumente die Familienverhältnisse belegt werden, damit geprüft werden kann, inwieweit ein anderer zur Kostentragung herangezogen ist. So soll z. B. eine auf Ehescheidung klagende Frau auch über die Vermögenslage des Mannes Auskunft geben, da zu prüfen ist, ob nicht der Mann die Kosten tragen kann bzw. ob § 1387 BGB. anwendbar ist. Falls besonderer Ehevertrag besteht, ist auch darüber der Nachweis zu führen. Kann und muß der Ehemann die Kosten tragen und weigert er sich, so ist mit einer einstweiligen Verfügung gemäß § 940 die Leistung zu erzwingen.

Das uneheliche Kind, welches auf Unterhalt gegen seinen Vater klagt, bedarf des Zeugnisses nicht. (§ 118 Abs. 2.)

Nach Beschluß des Armenzeugnisses ist der Antrag auf Bewilligung des Armenrechts bei dem Prozeßgericht anzubringen oder dort zu Protokoll zu geben.

Für die Klagen in der zweiten Instanz, für die erneut Armenrecht beantragt werden muß, braucht ein Armenzeugnis nicht mehr vorgelegt zu werden, wenn ein solches bereits in der ersten Instanz zur Bewilligung des Armenrechts vorgelegen hat. Hat der Prozeßgegner die zweite Instanz angerufen, so ist auch nicht mehr zu prüfen, ob die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung der armen Partei mutwillig oder ausichtslos erscheint. War das Armenrecht für die erste Instanz bewilligt, so umfaßt dies auch nach § 119 die Zwangsvollstreckung. Mit dem Tode der armen Partei erlischt auch das bewilligte Armenrecht. (Siehe § 122.) Haben die Erben berechtigtes Interesse an dem Prozeß, so ist neuer Antrag auf Bewilligung des Armenrechts und neue Prüfung durch das Prozeßgericht erforderlich.

Beschwerde gegen den Beschluß, nach welchem das Armenrecht verweigert oder die Erstattung von Kosten angeordnet wird, ist zulässig. Nach § 127, verfährt durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931, ist jedoch gegen einen das Armenrecht verweigerten Beschluß des Beschwerdegerichts die weitere Beschwerde ausgeschlossen. Anders ist es, wenn sich die Beschwerde gegen die Festsetzung der Erstattung der als vorläufig erlassenen Kosten, welche vom Gegner nicht getragen werden mußten, richtet. In diesem Falle ist die weitere Beschwerde gegen den Beschluß des Beschwerdegerichts, d. h. gegen den auf die erste Beschwerde ergangenen Beschluß, zulässig.

Die Möglichkeit, im Armenrecht zu klagen, ist in fast allen Fällen gegeben, wo die Tätigkeit eines Gerichts notwendig ist und die arme Partei die notwendigen Kosten nicht aufbringen kann. So z. B. bei allen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten; bei arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten; im Dienste der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Vormundschaftsangelegenheiten, Nachlaß- und Grundbuchsachen, Erbschein usw.), bei Privatklagen im Strafprozeß usw. Bei Beurkundungen und ähnlichen Amtshandlungen, die nur durch Notare erledigt werden können, kann ebenfalls auf Grund des Armenrechts Kostenfreiheit bzw. teilweiser Erlass bewilligt werden. Immer ist als Grundsatz anzusehen: Der armen Partei soll die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung gewährt werden, auch wenn sie zur Zeit keinerlei oder nur teilweise die Kosten tragen kann. Mit dem Armenrecht soll für die arme Partei die Rechtsgleichheit vor dem Gesetz hergestellt werden.

Hermann Lamprecht (Höfch).

Nahrungsmittel-Industrie

Erkrankungen von Arbeiterinnen in Gemüse- und Konservenfabriken.

In den Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten über das Jahr 1930 sind u. a. folgende Feststellungen veröffentlicht worden:

§. 113 Reg.-Bezirk Westpreußen.

„In einer Gemüsekonservenfabrik erkrankte während der Zeit, in der größere Mengen von Pilzen (Morcheln) verarbeitet wurden, eine Anzahl von Arbeiterinnen (Sortierinnen) an Entzündungen der Augen und der Atmungsorgane. Vermutlich sind die Erkrankungen auf die Einwirkung der Sporen oder der Ausdünstungen der Morcheln zurückzuführen. Der Angelegenheit wird während der nächsten Pilzverarbeitung gemeinsam mit dem Gewerbeinspektorat erneut besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Einstweilen hat der Gewerbeinspektorat vorgeschlagen, die Morcheln nicht wie bisher nach, sondern vor dem Sortieren zu brühen, und zwar unter einer Dunsthaube. Um eine etwa bestehende Ansteckungsgefahr zu vermindern, wurde der Fabrikleitung zunächst aufgegeben, die vorhandenen Wascheinrichtungen durch Einrichtung einer Anzahl kippbarer Waschbecken mit Wasser- und -abfluß zu vermehren und je ein besonderes Handtuch für jede Arbeiterin zu liefern.“

§. 126 Reg.-Bezirk Potsdam.

„In einer Konservenfabrik erkrankten Arbeiterinnen in gleicher Weise wie im Vorjahre an Ausschlägen. Die Ursache dieser bei der Herstellung von Selleriekonserven auftretenden Krankheitsfälle war nicht mit Sicherheit festzustellen. In Zu-

kunft werden Arbeiterinnen, bei denen sich Anzeichen von Ausschlägen zeigen, sofort durch andere ersetzt (ausgetauscht? Die Red.) werden. Es ist festgestellt worden, daß nicht jede mit gekochten Sellerieknollen in Berührung kommende Arbeiterin erkrankt.“

Hierzu wurde in den Jahresberichten 1929 S. 140 mitgeteilt:

„Hervorzuheben sind die dauernden Erkrankungen von Arbeiterinnen in einer Konservenfabrik an Ausschlägen, zum Teil am ganzen Körper, sobald sie mit den gekochten Sellerieknollen in Berührung gekommen waren. Die benutzten Gummihandschuhe und Leder- oder Gummischürzen haben keinen genügenden Schutz geboten. Lediglich die Kocharbeiter und die Frauen, die den geschnittenen Sellerie in Dosen legten, blieben verschont. Die vom Gewerbeinspektorat vorgenommenen Untersuchungen über diese Erkrankungen sind noch nicht abgeschlossen.“

Gelegentlich ist uns auch bekanntgeworden, daß Arbeiterinnen beim Spargelschälen unter Hautausschlägen zu leiden haben.

Da nun wieder die Arbeit in den Gemüse- und Obstkonservenfabriken beginnt, halten wir es für notwendig, daß der Öffentlichkeit bekanntgemacht wird, zu welchen Ergebnissen die Untersuchungen der medizinischen und technischen Gewerbeaufsichtsbeamten geführt haben, welche Maßnahmen die Arbeitgeber treffen müssen, um das Auftreten der Erkrankungen zu verhüten, und in welcher Weise die Arbeiterinnen sich selbst vor Erkrankungen schützen können.

Verschiedene Industrien

Die Tätigkeit des Leipziger Meßamts im Jahre 1931.

Trotz aller katastrophalen Ereignisse in der Weltwirtschaft hat die Leipziger Messe im Jahre 1931 eine überraschende Stabilität gezeigt. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1931, die in eine Zeit fiel, in der die Absatzfrage für viele Länder bereits ein sehr ernstes Problem geworden war, war von insgesamt 8964 (im Vorjahre 9540) Ausstellern besucht, wovon 7736 (8333) deutsche Firmen waren, während sich das Ausland mit 1228 (1207) Firmen beteiligte. Die Zahl der geschäftlichen Besucher belief sich auf 147 500 (180 000), darunter 27 486 (32 420) Besucher aus dem Ausland. Im Herbst des Jahres 1931 hatte die Krise in vielen Ländern die Wirtschaft nahezu lahmgelegt. Trotzdem war die Herbstmesse von 6619 (7625) Ausstellern besucht, unter denen sich 639 (710) ausländische Firmen befanden. Sie zählte insgesamt 78 307 (83 266) geschäftliche Besucher, unter ihnen 8194 (11 623) aus dem Ausland.

Die Werbearbeit des Leipziger Meßamts war von dem Gedanken getragen, der deutschen Fertigwarenindustrie neue Absatzmöglichkeiten, besonders im Ausland, zu verschaffen. Im Jahre 1931 wurden insgesamt 708 verschiedene Artikel in einer Auflage von 90 681 Stück verschickt, wovon 351 Artikel in einer Auflage von 31 455 ins Ausland gingen. In der gleichen Zeit wurden 382 Notizen in einer Gesamtauflage von 14 746 verandt, darunter 154 Notizen mit einer Auflage von 23 498 ins Ausland. Daneben wurden der Tages- und Fachpresse 2500 Matern, 3227 Photos und 607 Druckstöcke zur Verfügung gestellt. Im Ausland konnten zur Frühjahrsmesse noch 15 Länder, zur Herbstmesse nur fünf Länder mit Messeterminplakaten versehen werden, und zwar mit insgesamt 10 000 -Stück, wozu noch 500 Dauerplakate kamen. Auch das Vortragswesen wurde im Jahre 1931 ausgebaut. Es wurden 189 Vorträge gehalten, und zwar 168 im Inland und 21 im Ausland. Der Filmverleih hat im Jahre 1931 eine aufsteigende Entwicklung aufgewiesen. Es wurden 176 Filme, darunter 37 nach dem Ausland verliehen.

Die Kartei, die die Grundlage der individuellen Propaganda bildet, umfaßt gegenwärtig rund 118 000 Anschriften aus Übersee, rund 236 000 aus dem europäischen Ausland und rund 206 000 aus dem Inland. Nach Übersee wurden zur Frühjahrsmesse 138 000 Einladungen in sieben Sprachen, zur Herbstmesse 141 490 in ebenfalls sieben Sprachen verandt. Für das europäische Ausland wurden zur Frühjahrsmesse 380 050 Einladungen in 19 Sprachen, zur Herbstmesse 312 685 in 18 Sprachen, im Inland 246 800 zur Frühjahrsmesse und zur Herbstmesse 230 955 Einladungen verschickt. Um den Interessen der Aussteller, besonders der kleinen und mittleren Betrieben, die keine eigenen Vertretungen im Ausland unterhalten können, entgegenzukommen, ist ein „Ausstellerdienst des Leipziger Meßamts“ geschaffen worden, der den Ausstellern beim Ausbau ihrer Exportbeziehungen behilflich sein soll. Dieser Dienst ist von der Ausstellerschaft lebhaft begrüßt worden.

Die Organisation der ehrenamtlichen Vertretungen und Geschäftsstellen im In- und Ausland hat im Jahre 1931 einen weiteren Ausbau erfahren. Sie umfaßte am Jahresende 410 Außenstellen gegenüber 378 im Jahre 1930. Im Inland (einschließlich Saargebiet) hat das Leipziger Meßamt vier Geschäftsstellen bzw. Vertrauensstellen, 157 ehrenamtliche Vertretungen und 12 technische Vertrauensleute. In 90 außerdeutschen Ländern bestehen neun Geschäftsstellen, 220 ehrenamtliche Vertretungen und acht technische Vertrauensleute.

Frauenfragen.

Kolleginnen, haltet fest am Verband!

(Eine ernste Mahnung an die allzu Gleichgültigen.)

Die große Arbeitslosigkeit während des Jahres 1931 wirkte sich auf die Mitgliederbewegung im Verbands naturgemäß auch sehr ungünstig aus. Der größte Prozentfuß der durch Betriebsstilllegung oder wegen Arbeitsmangels entlassenen Kolleginnen und Kollegen blickt in selbstverständlicher Sehnsucht nach Brot und Arbeit fast hoffnungslos in die Zukunft. Es fehlt eben die Aussicht, wieder in ein geordnetes Arbeitsverhältnis zu kommen. Das veranlaßt viele, nachdem die Verbandsunterstützung abgelaufen ist, aus dem Verbands auszutreten in der Annahme, der Verband könne ihnen nun doch nichts mehr nützen. Es ist dann oft sehr schwer, gerade diese Kolleginnen, wenn sie wieder Arbeit gefunden haben, für den Verband neu zu gewinnen. Die Aufgabe unserer Funktionärinnen liegt nun darin, dafür zu sorgen, daß die arbeitslosen Kolleginnen auch dann ihre Mitgliedschaft aufrechterhalten,

wenn ihre Unterstützungsansprüche abgelaufen sind. Es ist ihnen klarzumachen, daß sie durch Kleben einer Arbeitslosenmarke für 10 Pfennig in der Woche weiter Mitglied bleiben können und somit das Recht und die Gelegenheit haben, sich jederzeit beim Verbands Rat und Aufsicht zu holen. Diese Kolleginnen haben in der Organisation immer eine starke Stütze bei den verschiedensten Wechselfällen des Lebens. Sie haben außerdem den Vorteil, daß sie bei Eintritt einer neuen Arbeitsstelle ihre Anwartschaft im Verbands durch Neueintritt nicht erst wieder erwerben müssen. Hinzu kommt, daß die Mitgliedschaft der Arbeitslosen im Verbands, rein zahlenmäßig gesehen, stark ins Gewicht fällt. Die Gewerkschaften würden allein dadurch schon eine viel größere Macht darstellen.

Es ist in der heutigen Zeit der politischen Wirrnisse und der Gefahr des Umsichgreifens der von der Reaktion und vom Unternehmertum gespeisten Nazi-Bewegung unbedingt notwendig, daß alle noch in Arbeit stehenden Männer und Frauen sich freigewerkschaftlich organisieren, da nur eine gut organisierte Arbeiterschaft in der Lage sein wird, die drohenden Gefahren auf dem Gebiete der Tarif- und Sozialpolitik erfolgreich abzuwehren. Es darf nicht länger so sein, daß immer ein großer Prozentfuß Kolleginnen und Kolleginnen teilnahmslos beiseite stehen. Es gilt besonders, auf der Hut zu sein, daß die Unorganisierten im Betriebe nicht einfach gedankenlos den Nazis nachlaufen oder aus irgendeiner Verärgerung heraus zu Anhängern der NSD. werden.

Nazis und NSD. sind gleich gewerkschaftsfeindlich, sie leisten dem Unternehmer nur Vorspanndienste und sind darauf eingestellt, die freien Gewerkschaften zu zer schlagen und die Arbeiterklasse zu verwirren bzw. zu schwächen. Daran kann und darf der klassenbewußte Arbeiter und die fortschrittlich denkende Arbeiterin kein Interesse haben, sondern ihre ganze Kraft muß sich darauf konzentrieren, alles zu tun, daß auf gewerkschaftlichem Gebiet die wirkliche Einheitsfront erhalten bleibt. Es gilt, zu erkennen, daß nur in unserer Geschlossenheit und Solidarität unsere Macht liegt und nur so der Weg zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen freigemacht werden kann.

Im Verbandsgebiet wird jetzt allertorts erhöhte Werarbeit geleistet, um die Säumigen an ihre gewerkschaftliche Pflicht zu erinnern. Der Vorstand hat als äußerliche Zeichen der Anerkennung für diese Arbeit neue Buchprämien ausgeschrieben. Demnach sollen alle fleißigen Werber und Werberinnen, fernern sie in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni der Verbands fünf neue Mitglieder zuführen, ein gutes Buch erhalten, bei zehn Mitgliedern zwei und bei 15 und mehr Mitgliedern drei Bücher.

Kolleginnen, wolt ihr da zurückstehen? An euch ergeht derselbe dringende Ruf nach Stärkung der Organisation wie an die Kollegen. Gerade ihr dürft nicht untätig und nutzlos sein. Ihr müßt fogar an der Spitze marschieren, denn die prozentuale Beteiligung am Verbandsleben ist leider unter den Arbeiterinnen geringer als unter den Arbeitern. Es gibt also für euch weit mehr Aufklärungs- und Agitationsarbeit zu leisten, wenn ihr den Ehrgeiz besitzen wolt, hinter den Kollegen nicht zurückzusehen. Widerlegt die Ausreden der unorganisierten Arbeitsschwester und sagt ihnen, daß es moralische und sittliche Pflicht ist, der Organisation beizutreten, wenn sie die Vorteile, die durch die Tarif- und Sozialpolitik der Gewerkschaften geschaffen wurden und künftig geschaffen werden sollen, mitgenießen wollen. Nur durch Zusammen schluß und Zusammenhalt in den freien Gewerkschaften können Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt werden. Anderenfalls geht es der Arbeiterschaft immer schlechter.

Deshalb, Kolleginnen, ans Werk! Tretet heraus aus der allzugroßen Reserve - arbeitet alle mit!

U. J.

Frauentreffen in Mannheim.

Am 17. April tagte im Volkshaus eine von der Kollegin Haffler geleitete Arbeiterinnenkonferenz der Zahlstelle Mannheim. Vertreten waren 9 Betriebe mit 28 Kolleginnen. In einem einfandigen Referat schilderte der Gauleiter Kollege Schreiber die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Friedenszeit und in der Gegenwart, dabei die Erfolge des Verbandes betonend. In seinen weiteren Ausführungen wurden die Senkung der Löhne durch die vierte Notverordnung und der Kampf der Unternehmer gegen die Sozialgesetzgebung behandelt. Ferner teilte er mit, daß mit den Arbeitgeber der chemischen Industrie zwecks Regelung der Frauenlöhne Verhandlungen stattfanden und daß die Industriellen verlangten, daß die Lohnsätze der Arbeiterinnen von 70 auf 50 Prozent des Männerlohnes, also auf den Stand von 1913, gekürzt werden sollen. Der Verband hat diese Unternehmerforderung abgelehnt. Mit der Aufforderung, eine regere Agitationsstätigkeit innerhalb der Betriebe unter den Kolleginnen zu entfalten, schloß Kollege Schreiber. An der Diskussion beteiligten sich der Kollege Nick und die Kollegin Schenk.

Kollegin Haffler gab in vortrefflichen und überzeugenden Ausführungen, aus praktischer Tätigkeit schöpfend, einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen im Mannheimer Industriebezirk. Das Verlangen der Unternehmer, die Frauenlöhne auf 50 Prozent zu kürzen, zeige, daß die Zugehörigkeit der Arbeiterinnen zur Organisation nötiger sei denn je. Die Rednerin kritisierte das Verhalten der indifferenten Kolleginnen und verlangte die Schaffung eines Funktionärskörpers, Stärkung und Ausbau der Organisation sowie eine systematische Werbearbeit unter den Arbeiterinnen in den einzelnen Betrieben. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen erfolgte die Wahl der Agitationskommission. Aus den einzelnen Industriezweigen wurden die Kolleginnen Haber, Kämmerer, Baum, Schenk, Ziemer, Meißzahl und Pfeuffer gewählt.

Unsere Frauengruppe in Reifen

veranstaltete am Montag, dem 18. April, einen Frauenabend, verbunden mit einem Lichtbildvortrag. Die Veranstaltung eröffnete ein Doppelquartett vom Reifener Frauenchor, welches sich bereitwillig zur Verfügung gestellt hatte. Auch junge Kollegen aus der Arbeiter-Jugend halfen durch musikalische Darbietungen den Abend zu verschönen. Koll. Henschel schloß am Hand verschiedener Lichtbilder eine Reihe nach München, Hamburg, Amsterdam und zurück, dabei den schönen Rhein mit seinen stolzen Burgen und Ruinen. Sodann führte er nach dem schönen Wien, nach Tirol und an den herrlichen Bodensee. Kollegin Genz sang auf Wunsch zwei Lieder zur Laute. Koll. Henschel überreichte den anwesenden Funktionärinnen ein Schreiben der Kollegin Jasmert zur Aufklärungs- und Werbetätigkeit unter den Kolleginnen. Eine kurze Ermahnung ging an alle Anwesenden, in dieser schweren Zeit nicht zu veragen, sondern frei zur Organisation zu halten.

So wurde diese sehr zweckdienliche Veranstaltung ein guter Ansporn, und wir werden weiter bemüht sein, unsere Frauenabende durch bildende Vorträge und musikalische Darbietungen auszugestalten. Damit werden wir auch die unorganisierten Kolleginnen mehr für den Verband gewinnen und zu Mitkämpferinnen heranbilden können. Nur der zähe Wille und das Vertrauen in unsere solidarische Kraft kann uns vorwärtsbringen. Mit dem gemeinsamen Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die gut gelungene Veranstaltung geschlossen.

Johanna Jungbans.

Jugendbewegung.

Sultanischer Gewerbe - Sultanischer Schlingel?

Die wirtschaftliche Not unserer Jugend ist heute außerordentlich groß. Eine große Zahl hat nach der Schulentlassung, seit vielen Jahren eine Arbeitsstelle überhaupt nicht

besseren. Das Bestreben, den Jugendlichen den verderblichen Einflüssen der Straße zu entziehen durch Einreihen in eine Arbeits- oder Lehrstelle, ist für den Jugendlichen wirtschaftlich und moralisch eine Wohltat.

Trotzdem müssen wir heute scharfen Protest dagegen erheben, daß, zum Teil die Not der Zeit ausnützend, einzelne Fabrikationszweige, in denen seit Menschengedenken die Arbeitsverfahren durch ungelernete oder angelernte Arbeiter ausgeübt wurden, nunmehr dazu übergehen wollen, durch Mitwirkung der Handels- und Gewerkekammern ihre Arbeit zum Beruf ernennen zu lassen und damit das Recht zur Annahme und Ausbildung von Lehrlingen mit einer mehrjährigen Lehrzeit zu erwerben.

Wir erinnern an das Bestreben der Fensterputzer, die in verschiedenen Städten vor einigen Jahren mit vollem Ernst dafür eintraten, für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, im Fensterputzergewerbe Lehrlinge mit einer mehrjährigen Lehrzeit auszubilden. Aus diesem Bestreben ist nichts geworden, weil die Absicht, sich nur billige Arbeitskräfte auf Jahre zu sichern und erwachsene Vollarbeiter aus der Branche zu verdrängen, allzu offensichtlich war. Seitdem sind Versuche dieser Art von verschiedenen Seiten wiederholt gemacht worden. Die Gummiindustrie strebte bereits vor längerer Zeit danach, in den Gummiabriken sogenannte Gummiarbeiter in einer mehrjährigen Lehre auszubilden zu dürfen. Wäre dieses Bestreben gelungen, dann hätte die Gummiindustrie eine größere Anzahl junger Menschen als Lehrlinge hereingekommen, die nach einer kurzen Anlernzeit im Betriebe dieselbe Arbeit verrichten hätten, wie sie heute von angelernten Arbeitern geleistet wird. Viele Tausende von Arbeitern wären brotlos geworden. Den Nutzen hätten allein die Unternehmer gehabt.

Ähnliches wird heute von den Inhabern von Vulkanisierwerkstätten wieder versucht. Diese Unternehmer streben in den einzelnen Ländern, jetzt auch in Preußen, nach der Anerkennung des Vulkanisierergewerbes als Handwerk. Die Vereinigung Deutscher Gummiereifenhändler und -reparateure, e. V., hat kürzlich an das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe einen entsprechenden Antrag gerichtet, der vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamt unterstügt wird.

Wir sind trotz dieser mit Aufwand von vielen Worten gegebenen Darlegungen nicht davon überzeugt, daß dieselbe Arbeit, die seit Jahren von geübten angelernten Kräften zur vollen Zufriedenheit gemacht worden ist, nunmehr eine mehrjährige Lehrzeit erfordert. Wenn davon gesprochen wird, daß Geschicklichkeit und Gewissenhaftigkeit notwendig sind, um Reifendefekte zu reparieren, so ist das feither auch schon der Fall gewesen. Oder nicht? Und weshalb sollte es dann anders sein, wenn abwechselnd nur junge Menschen damit beschäftigt werden? Das Arbeitsverfahren hat sich nicht geändert, so daß es irreführend ist, wenn man den Arbeitsgang so schildert, als ob es sich um eine neuartige Arbeitsmethode handelt. Auch das Argument, daß heute die Verantwortung infolge der größeren Geschwindigkeit der Kraftwagen größer sei, kann uns nicht überzeugen. Die geforderte handwerksmäßige Ausbildung von Lehrlingen ist und kann nichts anderes sein als ein Anlernen jugendlicher Arbeiter, die nach kurzer Anlernzeit ihre Arbeit verrichten und dann jahrelang billige Ausbentungsobjekte für die Werkstättenbesitzer sind, denen es dadurch gelingt, ältere, vollbezahlte, tariflich entlohnte Arbeitskräfte zu verdrängen.

Leider ist es gelungen, mit Hilfe der Gewerbe- und Handwerkskammern diesem Bestreben der Vulkanisier-Firmen dadurch einen Schritt weiterzuhelfen, daß eine Reihe von Handwerks- und Gewerbeamt diesen Produktionszweig als Handwerk anerkennen und dadurch die Möglichkeit der Ablegung von Meisterprüfungen geben. Damit steht der Züchtung von Lehrlingen nichts mehr im Wege. Leider haben auch inzwischen Jugendliche sich als Lehrlinge für dieses Gewerbe einschreiben lassen.

Gegen die staatliche Anerkennung in Preußen, die jetzt angestrebt wird, haben wir scharfen Einspruch erhoben. Wir bestreiten entschieden, daß zur Ausübung dieser Arbeit eine mehrjährige Ausbildung als Lehrzeit notwendig ist. Die Arbeiterschaft sollte unter keinen Umständen diese Bestrebungen unterstützen, sondern sie im eigenen Interesse soweit als möglich bekämpfen. Wir wünschen jedem Jugendlichen einen Beruf, der für ihn wertvoll ist und Lebensinhalt sein kann. Lehrlingszüchterei und Ausbentung aber werden wir mit allen Mitteln im Interesse der Jugendlichen bekämpfen. A. Segerer.

Wirtschaftliches.

Schrumpfung des Welt Handels 1931.

Abgesehen von den Jahren des Weltkrieges hat, soweit sich die Entwicklung des Welt Handels zahlenmäßig verfolgen läßt, ein Rückgang der Welt Handelssumme vom Umfang des Jahres 1931 bisher noch nicht stattgefunden. Nach Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ging der Welt Handel im Jahre 1931 wertmäßig um 28 Prozent zurück, übertraf somit den Rückgang des Jahres 1930 um mehr als die Hälfte. Rechnet man die Preisrückgänge, von denen in diesem Jahr die meisten Warengruppen betroffen wurden, ein, so bleibt dennoch ein mengenmäßiger Rückgang um 12 Prozent. Gegenüber dem Höchststand des Welt Handels im Jahre 1928 mit 234 Milliarden Reichsmark betrug der Welt Handel 1931 nur noch 170 Milliarden, was einem Rückgang um rund 60 Prozent entspricht. Allerdings liegt der Welt Handel noch immer um 6 Prozent über dem des Vorjahresjahres 1913 mit 160 Milliarden Reichsmark. Auch im letzten Jahr ist wiederum der Außenhandel der europäischen Länder verhältnismäßig weniger gesunken (um 24,6 Prozent) als der der außereuropäischen Länder (32,7 Prozent), so daß auch 1931 die seit 1927 zu beobachtende Entwicklung einer Wiederannäherung des Anteils Europas an den Handel des Jahres 1913 fortgesetzt ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. In einer stark besetzten Funktionärerversammlung wurde den Funktionären durch Herrn Dr. Ehrlich (Wien) der Film: „Die Kartelle und das Zebra“ vorgeführt und es wurden ihnen

die entsprechenden Erklärungen zur Bildfolge gegeben. Der Film selbst ist als ausgezeichnetes Lehrmaterial zu verwenden. Der Titel, welcher sinnbildlich seine Ursache in der Verflochtenheit der Kartelle in der Wirtschaft hat, indem man wie beim Zebra nicht unterscheiden kann, ob es schwarz und weiß gestreift oder ob es weiß und schwarz gestreift ist, ebenso nicht unterscheiden kann, welche Dinge sind kartelliert und welche nicht. Der einfachere Titel wäre: „Kartelle und Truste“. In einem Einleitungsvortrag, der durch Diapositive illustriert ist, wird dargestellt, wie die Industrie durch Rationalisierung gezwungen wird, den Weg vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb zu gehen, wie aus Einzelunternehmen die Aktiengesellschaft entsteht, wie die Konkurrenz der Großunternehmen den Wunsch nach Überwindung der Konkurrenz wachruft und die Unternehmer sich zu Monopolorganisationen, Kartellen und Trusten zusammenschließen. Im zweiten Teil wird dargestellt, wie man in der Wirtschaft bis zur Häuslichkeit überall auf Monopole stößt. Bilder industrieller Anlagen und die Verwendung ihrer Erzeugnisse im Leben wechseln mit solchen, die den Verkehr und die Kriegsindustrie in Verbindung mit den Kartellen zeigen. Die Schlussapothek zeigt letzten Endes die Befreiung der Massen vom Druck dieser Monopole. Der Film wurde mit großem Beifall aufgenommen. Richard Mager.

Öppingen. Am 16. April ehrte die Zahlstelle im festlich geschmückten Saale „Drei Könige“ ihre Jubilare. In seiner Begrüßungsansprache brachte der Geschäftsführer der Zahlstelle, Kollege Eugen Mager, die Glückwünsche der Kollegen und Kolleginnen an die Jubilare zum Ausdruck. Es gelte, das Band, das diese 48 Jubilare zusammengeschlossen habe, weiter zu festigen, dafür zu kämpfen, daß das Heer der Arbeitslosen wieder eingereiht werde in den Produktionsprozeß. Es gelte, der Arbeiterklasse ein besseres Los zu verschaffen, und darum ihre Einmütigkeit und Geschlossenheit noch. Mit dem Dank an die Jubilare für ihr treues Aushalten in der Organisation schloß der Redner seine Ausführungen. Dann hielt Gauleiter Wörner die Festrede. Er überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes und der Gauleitung an die Jubilare und an die Festversammlung und gab anschließend einen Überblick über die Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes seit deren Gründung. Aus kleinen Anfängen heraus, Freud und Leid, Kampf und Fortschritt miteinander teilend, hätten es 15 unentwegte Kollegen seit Mai 1899 fertiggebracht, der Bewegung einen festen Grund und Boden in Öppingen zu geben und aus der hiesigen Ortsgruppe einen mächtigen Pfeiler zu bilden, der allen Erschütterungen trotzt. Auf die heutigen Verhältnisse eingehend, bedauerte der Redner, daß die Notzeit Schranken im Geben auferlegt habe. Mit dem Appell an die Festteilnehmer, an die Jungen besonders, sich die alten Pioniere als Vorbild zu nehmen und weiterzukämpfen in den Reihen der Organisation, denn in ihr liege der Wurzelkraft, schloß Kollege Wörner unter reichem Beifall der Zuhörer seine Ausführungen. Die Namen der Jubilare sind: Fraich, Karl (Öppingen), Mitglied seit 1892. Nögel, Johann (Öppingen), Mitglied seit 1900. Holzmann, Johann (Öppingen), Mitglied seit 1901. Holzmann, Osklieb (Öppingen), Mitglied seit 1901. Lieb, Adam (Bartenbach), Mitglied seit 1901. Hinterkopf, Gottfried (Öppingen), Mitglied seit 1901. Gammendinger, Osklieb (Öppingen), Mitglied seit 1901. Mühl, Adolf (Öppingen), Mitglied seit 1902. Pfänder, Joseph (Öppingen), Mitglied seit 1902. Meindl, Ludwig (Klein-Eislingen), Mitglied seit 1902. Schiele, Wilhelm (Groß-Eislingen), Mitglied seit 1903. Omenländer, Karl (Öppingen), Mitglied seit 1903. Sperl, Joseph (Öppingen), Mitglied seit 1903. Kremser, Joseph (Öppingen), Mitglied seit 1904. Nögel, Katharina (Öppingen), Mitglied seit 1904. Schrodock, Samuel (Öppingen), Mitglied seit 1905. Neher, Ludwig (Öppingen), Mitglied seit 1906. Schweinle, Wilhelm (Öppingen), Mitglied seit 1906. Fink, Georg (Öppingen), Mitglied seit 1906. Holzmann, Friedrich (Öppingen), Mitglied seit 1906. Wick, Friederike (Öppingen), Mitglied seit 1906. Fehner, Luise (Öppingen), Mitglied seit 1906. Bareiß, Friedrich (Öppingen), Mitglied seit 1906. Stadelmaier, Joseph (Wärschenbeuren), Mitglied seit 1906. Singer, Joseph (Wärschenbeuren), Mitglied seit 1906. Steintock, Heinrich (Kirchheim), Mitglied seit 1906. Burgund, Fritz (Weislingen), Mitglied seit 1906. Jachmann, Paul (Weislingen), Mitglied seit 1906. Gränner, Michael (Weislingen), Mitglied seit 1906. Hajcher, Georg (Weislingen), Mitglied seit 1906. Eberhard, Johann (Weislingen), Mitglied seit 1906. Hermann, Anton (Weislingen), Mitglied seit 1906. Knopf, Franz (Weislingen), Mitglied seit 1906. Kappel, Joseph (Weislingen), Mitglied seit 1906. Kreißer, Ludwig (Weislingen), Mitglied seit 1906. Weiß, Leonhard (Groß-Säßen), Mitglied seit 1906. Tommer, Georg (Groß-Eislingen), Mitglied seit 1906. Schedel, Andreas (Salach), Mitglied seit 1907. Gröner, Jakob (Weislingen), Mitglied seit 1907. Kränker, Otto (Weislingen), Mitglied seit 1907. Frieß, Franz (Weislingen), Mitglied seit 1907. Wick, Karl (Öppingen), Mitglied seit 1907. Müller, Rosa (Öppingen), Mitglied seit 1907. Straub, Jakob (Öppingen), Mitglied seit 1907. Kumpf, Daniel (Öppingen), Mitglied seit 1907. Abele, Christian (Öppingen), Mitglied seit 1907. Haug, Georg (Groß-Säßen), Mitglied seit 1907. Heilig, Bruno (Groß-Eislingen), Mitglied seit 1907.

Kellerebach. In den Kellerebacher Glanzstoffwerken herrscht zur Zeit eine Produktionsstörung, da in diesem Teilbetrieb der Elberfelder Glanzstofffabriken Mangel an Aufträgen besteht. Es wurde deshalb die Frage geprüft, ob Arbeiter entlassen werden sollen, oder ob der Betrieb durch Kurzarbeit über Wasser gehalten werden soll. Die Kommunisten haben in dieser Produktionsstörung eine willkommene Gelegenheit, die Arbeiter zu nutzlosem Proteststreik aufzurufen. Es ist das typische Kennzeichen für die strategische Unfähigkeit der RGO und zugleich für ihre geistige Impotenz, daß sie immer dann zu Streiks aufruft, wenn die Gelegenheit dazu für die Arbeiter am allerungünstigsten ist. Zum 4. April hatte die RGO zu einer Besprechung eingeladen, in welcher die Forderung aufgestellt wurde, nur drei Tage in der Woche zu arbeiten, aber den vollen Wochenlohn dafür zu fordern. Die RGOler glaubten sicherlich selbst nicht an die Ernsthaftigkeit ihrer Forderung. Sie waren auch davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft auf ihre dumme Parole nicht hereinfiel, denn sie mobilisierten einen Terrortrupp Mordfelder erwerbsloser Kommunisten, die die Aufgabe übernehmen sollten, am Dienstagmorgen, wenn die Streikparole bekannt würde, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nicht in den Betrieb kommen. Es versteht sich von selbst, daß das Ergebnis dieser Sitzung von RGOlern der Direktion brühsam überbracht wurde. Die Direktion ergriff von sich aus keine Gegenmaßnahmen. Als der Terrortrupp am Dienstagmorgen vor den Toren der Fabrik erschien, sah er sich einem überfallkommando der Darmstädter Schutzpolizei gegenüber. Mit verhängnisvollen Geschützen zogen der Terrortrupp und der ebenfalls für diesen Zweck mobilisierte Moskauer Frauenverein ab. Das kommunistische Betriebsratsmitglied Dreisbach, das zur Zeit beurlaubt ist, drang in den Betrieb ein und versuchte die Arbeiter durch Gewaltandrohung von der Arbeit abzuhalten. Dreisbach wurde durch zwei Schüsse aus dem Betrieb entfernt. Er wurde fröhlich entlassen. Sicherlich wird die kommunistische „Arbeiterzeitung“ wieder einmal über Terror und über gemeinen Verrat der reformistischen Bonzen reden. Die ganze Aufmachung dieser Komödie zeigt, wie im kommunistischen Lager mit den Waffen der Arbeiterschaft von Dickschiffe gespielt wird. Nur mit dem einen Unterschied, daß sich die organisierten Arbeiter nicht dazu mißbrauchen lassen werden, in dieser traurigen Komödie den Sankto Panja zu spielen. Ein treffendes Dichterwort sagte von einem Allermühsamer, der, trotzdem ihm jede geistige Gabe verweigert, doch ein unerwählter und abstoßender Hans Dampf in allen Gassen war: „Er hatte Knochen wie ein Gaul und eine freche Stirn und ein entsetzlich großes Maul, doch nur ein kleines Hirn.“

Wittenberg. Am Sonntag, dem 17. April, fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Der Mitgliederrückgang ist etwas unter dem Reichsdurchschnitt und soll durch eine einflussreiche Agitation nach den Zahlen aufgehoben werden. Die Diskussion drehte sich nur um die Frage der RGO. Die Ursache dieser heftigen Ansprache war ein Anschlagsantrag gegen den Kollegen Schöck wegen seiner Betätigung für die RGO. Dieser Antrag wurde der Ortsverwaltung

zur beschleunigten Erledigung überwiesen. Unter dem zweiten Tagesordnungspunkt hielt der Kollege Passaner einen sehr guten mit Beifall aufgenommenen Vortrag über den Gehelmerlaß der Nazis.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumgenossenschaften und Subventionen aus öffentlichen Mitteln.

Die wirtschaftlichen und politischen Gegner der Konsumgenossenschaften richten gegenwärtig heftige Angriffe gegen die Verbrauchervereinigungen, weil sich ihre Spitzenverbände — ausnahmsweise und entgegen ihrer grundsätzlichen Einstellung — um die Zurückverfassung der von den Konsumgenossenschaften erhobenen Sonderumschlagsteuer zur Stützung einzelner besonders bedürftiger Verbrauchergenossenschaften bemühen. Die den gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen feindlich gegenüberstehenden Kreise vergessen dabei, in welchem Umfang die Privatwirtschaft die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen hat. Reichskanzler Dr. Brüning erklärte in einer am 8. April in Steffin gehaltenen Rede:

„Wir haben die Genossenschaften geteilt, wir haben die wirtschaftlichen Unternehmungen des Mittelstandes geteilt, wir haben die Großbanken saniert.“

Die Konsumgenossenschaften haben aber bisher keinen einzigen Pfennig aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Beträge, die in der letzten Zeit der Landwirtschaft, der Industrie und den Banken als Beihilfen des Reiches, der Länder und der Gemeinden zugesprochen sind, werden auf über 1 Milliarde Reichsmark berechnet. Dazu kommen noch die gewaltigen mittelbaren Leistungen der Allgemeinheit an die durch die Zoll- und Kartellpolitik begünstigten Unternehmungen. Die Gegner der Verbraucherwirtschaft sollten deshalb erst einmal den Balken im eigenen Auge betrachten, ehe sie den Splinter im Auge der Konsumgenossenschaftsbewegung suchen.

Rundschau.

Das Frühjahr und der Radspport.

Der Frühling mit seinen warmen Tagen macht auch die Freunde des Radspports wieder lebendig. Da ist es angebracht, erneut an unser Gewerkschaftsunternehmen, das Lincar-Fahrradwerk, A.G., in Berlin-Lichtenrade, zu erinnern.

Die großen geräumigen Fabrikanlagen sind gewappnet für eine Tagesproduktion von über 600 Rädern. Weit über 200 000 Lincar-Fahrräder werden bereits im Reich gefahren. Die gefälligen Ausführungen, die solide Qualität der Räder haben sich einen großen Freundeskreis geschaffen. Die im ganzen Reich verteilten Niederlagen halten Fahrräder, die sich im Preise von 62 Mk. an bewegen, und vor allen Dingen stehen billige Zubehör- und Ersatzteile den Interessenten zur Verfügung. Die Ortsauslässe des A.G.W., alle freigewerkschaftlichen Verbände und etliche tausend Vermittlungsstellen nehmen Wünsche und Bestellungen für Lincar-Fahrräder entgegen und übermitteln sie dem Werk zur schnellsten Erledigung, soweit nicht die Abgabe direkt ab Lager erfolgt.

Das Lincar-Fahrrad ist das Rad des werktätigen Mannes geworden; es ist das Rad für Beruf und Sport. Auf der Fahrt zum Schrebergarten leistet es, mit Gepäckträger am Vorder- oder Hinterrad versehen, wertvolle Dienste.

Die Kaufbedingungen für die Lincar-Fahrräder, wie übrigens auch für die Lincar-Nähmaschinen, sind bedeutend verbessert und erleichtert. Das Katalogmaterial, das in den oben aufgeführten Stellen überall ausliegt, gibt erschöpfende Auskunft über die Bezugsmöglichkeiten.

Wir wiederholen unseren schon oft ausgesprochenen Appell: Unterstützt die Eigenbetriebe! Kauft Fahrräder und Nähmaschinen vom Lincar-Fahrradwerk, A.G., Berlin-Lichtenrade.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a, b und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Seib: Peter Heigl, Mitgl.-Nr. 1 078 149.

Die Abrechnung für das 1. Quartal haben eingekandt:

- Gau 1: Westerberg, Bramsche, Einbeck, Hildesheim, Lachendorf, Lehrke, Lübbecke, Stadtholendorf, Fallersleben.
- Gau 2: Bismark, Burgdorf, Mückenberg, Salzwedel, Schönebeck, Schöningen, Rogätz.
- Gau 3: Berlin, Perleberg, Prenzlau, Rheinsberg, Schönlanke, Trebbin, Angermünde, Flatow, Storkow, Nauen.
- Gau 4: Dömitz, Fiddichow, Labes, Neustettin, Brunel, Hohenkrug, Kolberg, Stargard, Stolzenburg, Trepfow, Leterow, Plau, Swinemünde, Stolp, Neustrelitz.
- Gau 5: Insterburg, Danzig, Elbing, Heilsberg, Rastenburg.
- Gau 6: Glogau, Görlitz, Waldenburg, Gleiwitz, Oppeln, Ziegenhals.
- Gau 7: Bautzen, Dresden, Sebnitz.
- Gau 8: Altfeld, Arnstadt, Blankenhain, Kahlfütte, Rodach, Blankenburg, Heiligenstadt, Kahla, Mülla, Neuhaus-Steinach, Rudolfsdorf, Sonneberg, Schleusingen.
- Gau 9: Forchheim, Kups, Nürnberg, Stockheim, Lettau, Warmensteinach, Schwabach, Amberg, Innsbad, Arzberg, Konstein, Kronach, Regensburg, Rothenburg, Schwarzenbach, Neumarkt, Stadtfeld, Marktredwitz.
- Gau 10: Deggendorf, Neuburg, Oberau, Straubing, Schellenberg, Lenting.
- Gau 11: Wangen, Freiburg, Heilbronn, Offenburg, Schramberg, Waldshut, Karlsruhe, Ulm, Baienfurt.
- Gau 12: Rodenhäusen, Speyer, Mannheim, Germersheim, Zweibrücken, Seckach.
- Gau 13: Frankfurt, Höchst, Höhr, Korbach, Mainz, Kassel, Gießen, Fulda, Limburg.
- Gau 14: Düren, Goch, Köln, Stolberg.
- Gau 15: Boizenburg, Emden, Geesthacht, Hamburg, Raseburg, Elmshorn, Papenburg, Scharrel, Westerland, Kiel, Oldenburg.
- Gau 16: Brilon, Fröndenberg, Hagen, Siegen, Schenkerfeld, Arnsberg, Hemer, Neubeckum, Wesel, Schermbeck, Rünster.

Chemische Industrie

Die I.G. Farbenindustrie in der Krise. (Berichtigung.)

In dem unter dieser Überschrift erschienenen Artikel in der Nr. 18 des „Proletarier“ sind unter „Gewinn- und Verlustrechnung“ die Zahlen hinter „Zinsen- und Teilschuldverschreibungen“ mit einem Stern gezeichnet, der in der Fußnote mit „Steuern“ deklariert ist. Tatsächlich darf der Stern nur bei Generalunkosten erscheinen. Um jeden Irrtum auszuschließen, bringen wir die Zahlen noch einmal.

	1931	1930	1929	1928	1927
Gewinnvortrag	6,94	5,94	5,46	4,43	2,40
Roberträgnis	155,31	217,48	256,48	257,14	224,30
Zinsen und Teilschuldverschreibungen	14,98	14,98	14,98	15,00	—
Steuern	40,23	56,00	66,80	51,90	48,75
Abfchreibungen	55,58	57,29	70,10	71,78	74,74
Reingewinn	51,46	95,16	110,08	122,88	103,20

Neues über Arsenwasserstoffvergiftungen.

Im Anschluß an die fürchterlichen Arsenwasserstoffvergiftungen im Zinnwerk Wilhelmshurg haben wir im „Proletarier“, Jahrgang 1931, verschiedentlich über Gesundheitschädigungen durch Arsenwasserstoff geschrieben.

Wohl sind Arsenwasserstoffvergiftungen, eine der gefährlichsten Vergiftungsarten, nicht selten, und auch über die Entstehung dieses Giftgases herrschte anscheinend Klarheit. Die Vergiftungen in Harburg-Wilhelmshurg waren jedoch zunächst ein Rätsel dadurch, daß die Entstehung des Gases nicht wie in ähnlichen Fällen durch Einwirkung von Säuren auf arsenhaltige Metalle entstand, sondern durch Begießen von heißem Erz bzw. Metallresten mit Wasser. Mittlerweile hat man durch Untersuchungen festgestellt, daß auch ohne Säuren, namentlich dann, wenn in Metallresten Aluminium vorhanden ist, sich unter Einwirkung von Wasser Arsenwasserstoff dadurch bilden kann, daß nämlich dann das Aluminium, das mit Arsen Aluminiumarsenid gebildet hat, diese Gase entwickelt (siehe „Proletarier“ Nr. 39, 1931).

Ähnlich wie in Wilhelmshurg sind auch aus England Vergiftungsfälle berichtet worden. Ministerialrat Kreyer berichtet im „Arbeiterbesch.“ Nr. 4, 1932, einen Fall aus einer englischen Zinnraffinerie, wo arsenhaltige Zinnrückstände in einem Flammofen eingeschmolzen wurden. Die sich bildende arsenhaltige Schlacke wurde aus dem Ofen abgezogen und mit Wasser übergossen. Dies geschah, um Verluste durch Staub zu vermeiden und die Arbeiter gegen Staub zu schützen. Beim Übergießen dieser heißen Schlacke mit Wasser entwickelten sich Arsenwasserstoffdämpfe, und zwar wurden im Januar vorigen Jahres dadurch einige nichttödliche, im Dezember zwei tödliche und vier nichttödliche Arsenwasserstoffvergiftungen verursacht. Ob in dieser Raffinerie unter Zusatz von Aluminium, anderen Erdmetallen oder von Alkali- oder Erdalkalimetallen gearbeitet wurde, konnte nicht festgestellt werden. In dem Werk soll ein neues Verfahren ausgearbeitet und versucht worden sein. Es ist sehr wohl möglich, daß die vielleicht noch glühende Schlacke durch Übergießen mit Wasser Arsenwasserstoff bildete.

Einwandfrei ist festgestellt, daß Säure in dem Arbeitsprozess nicht benutzt worden ist. Damit ist wiederum festgestellt, daß die bisherige Annahme, nach der die Entwicklung von Arsenwasserstoff durch Einwirkung von Säuren auf arsenhaltige Metalle verursacht wird, nicht genügt, um das Auftreten von Arsenwasserstoffvergiftungen in allen Fällen zu erklären. Das bedeutet aber, daß die Arbeiten mit arsenhaltigen Metallen äußerste Vorsicht erfordern. Es braucht hier nicht mehr über die ungeheure Giftigkeit des Arsenwasserstoffs gesprochen zu werden, wir haben das früher bereits ausführlich getan.

Da die Arbeiter über chemische Vorgänge in den meisten Fällen wenig oder gar keine Vorkenntnisse haben, muß von den Aufsichtsorganen bzw. den Chemikern solcher Betriebe, in denen Arsenwasserstoffvergiftungen möglich sind, eine eingehende Belehrung der Arbeiterschaft erfolgen. Eine gewissenhafte Überwachung des Arbeitsprozesses ist im Interesse der Gesundheit und des Lebens dieser Arbeiter dringend notwendig.

Tödlicher Unfall bei der I.G. Farbenindustrie Ludwigshafen.

Im Werk Ludwigshafen a. Rh. der I.G.-Farbenindustrie-A.G. ereignete sich am 12. April, vormittags 10 Uhr, ein tödlicher Unglücksfall. Der Dachdecker Georg Moll aus Ludwigshafen war mit dem Ausbessern eines zwischen zwei schräg zusammenlaufenden Dächern durchgehenden Kanals beschäftigt, wobei er aus etwa 9 Meter Höhe abfiel und schwer verletzt auf dem Zementboden liegen blieb. Er wurde sofort in das Städtische Krankenhaus gebracht, wo er gegen 11.30 Uhr seinen Verletzungen erlag. Die Ursache des bedauerlichen Unfalls ist noch nicht genügend geklärt, festgestellt ist nur, daß eine Diele von 2 1/2 Meter Länge mit in die Tiefe stürzte. Der Verunglückte war Mitglied unseres Verbandes und hat in der Bewegung stets seinen Mann gestellt.

Papier-Industrie

Die „Angleichung“ der Löhne.

Es wäre ein Akt staatsmännischer Klugheit, die Verelendungspolitik und den Lohnraub an der deutschen Arbeiterklasse nicht weiter fortzusetzen, um zu verhindern, daß diese in ihrer Not und Verzweiflung in noch größeren Massen in das rechtsradikale Lager hineingetrieben und damit eine Gefahr für den Bestand des republikanischen Staates werden.

Herr Stegerwald scheint dafür aber nicht den richtigen Blick zu haben. Der neueste Schläger auf lohnpolitischem Gebiete ist die aus sächsischen industriellen Kreisen stammende

Parole der „Lohnangleichung“, die von Stegerwald übernommen und auf dem Kriekenkongreß der freien Gewerkschaften von ihm öffentlich propagiert wurde. Natürlich sollen die Löhne nicht mehr abgebaut werden; sie werden nach der Auffassung des Reichsarbeitsministers nur noch „angleichen“. Daß dabei die Löhne an die Sätze der Erwerbslosenunterstützung angeglichen werden, ist wahrscheinlich nur ein Zufall, dürfte aber dann einer staatsmännischen Klugheit die Gelegenheit geben, die Sätze der Erwerbslosenfürsorge zu kürzen, damit die nötige Spanne zwischen Lohn und Fürsorgeunterstützung wieder herbeigeführt wird.

Da die Parole des Lohnausgleichs aus sächsischen Arbeiterkreisen stammt, scheint die Arbeiterschaft des Freistaates Sachsen zunächst dazu ausersehen zu sein, das Opfer des politischen Lohnausgleichs zu werden. Da am 15. April die Landesämter mit Reichsarbeitsminister Stegerwald im Reichsarbeitsministerium in Berlin die neueste Lohnpolitik beraten haben, ist anzunehmen, daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen ihre Anweisungen auf Grund dieser Schlichterverhandlungen erhalten haben. Die moralische Verantwortung für die praktischen Ergebnisse dieser Verhandlungen trägt also in erster Linie der Reichsarbeitsminister Stegerwald.

Vergiss nicht nach Ausbesserungen

Die Schutz-Vorrichtungen wieder anzubringen!

Bestell Nr. — 434 — des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Berlin W 9

Zu den ersten Opfern des Lohnangleiches in Sachsen gehören auch unsere Kollegen in der Papiererzeugungsindustrie. Am 22. April fällt der staatliche Schlichtungsausschuß in Dresden einen Schiedsspruch wie folgt:

1. Die Lohnspanne in Ortsklasse II erweitert sich von 97 auf 95 Prozent und in Ortsklasse III von 93 auf 89 Prozent.
2. Während bisher nur Handelsholzschleifereien mit Wasserkraft, ohne Bahngleisanschluß und mit nicht mehr als 15 Beschäftigten einen Lohnabschlag hatten, bringt der Schiedsspruch für sämtliche Handelsholzschleifereien einen Lohnabbau von 6 Prozent.
3. Auf Betreiben einer nationalsozialistisch verfeindeten Firma wurde Zwickau von der Ortsklasse I nach der Ortsklasse II mit einem Zuschlag von 2 Prozent versetzt.
4. Für notleidende Betriebe wurde der tarifliche Schiedsausschuß ermächtigt, untertarifliche Löhne festzusetzen.
5. Damit nicht genug, wurde der Hofarbeiter-Ecklohn, auf dem sich die Lohnberechnung für alle Ortsklassen und Arbeitergruppen des Tariflohnbezirkes aufbaut, in der Ortsklasse I von 66 auf 63 Pf. je Stunde herabgesetzt.

Dieser famose Schiedsspruch bedeutet einen Abbau der Löhne in Ortsklasse I um 3,9 Prozent, für Zwickau um 7,6 Prozent, in Ortsklasse II um 6,2 Prozent, in Ortsklasse III um 8,9 Prozent und für die oben erwähnten Handelsholzschleifereien um 15 Prozent.

Einschließlich dieses Schiedspruches wurden seit 1929 die Tariflöhne der sächsischen Papiererzeugungsarbeiter abgebaut, und zwar in:

Ortsklasse I	um rund 24 Prozent,
Zwickau	um rund 28 Prozent,
Ortsklasse II	um rund 26 Prozent,
Ortsklasse III	um rund 30 Prozent,
Handelsholzschleifereien mit mehr als 15 Beschäftigten	um rund 36 Prozent.

Nicht eingerechnet ist hierbei der Lohnabbau durch Kürzung der Einkord- und Prämienätze; für diese Arbeitergruppen dürfte in sehr vielen Fällen der Gesamtlohnabbau 50 Prozent des Stundenverdienstes im Jahre 1929 überschreiten. Vollkommen unberücksichtigt geblieben ist auch der Lohnausfall durch Kurzarbeit und Betriebseinschränkungen.

Die Frage, ob dieser vierde durch den staatlichen Schlichtungsausschuß Dresden vollzogene Lohnabbau wirtschaftlich notwendig war, erscheint nicht nur berechtigt, sondern auch einer Untersuchung wert. In der Hauptsache wurde die Lohnabbauforderung von den Unternehmern begründet mit den gesunkenen Preisen und der Konkurrenz der Nachbarbezirke, der die sächsische Papiererzeugungsindustrie ausgelegt sei.

Bei der Prüfung der Preisentwicklung muß beachtet werden, daß der Hauptrohstoff in allen Zweigen der Papiererzeugungsindustrie das Papierholz darstellt und daß infolge-

dessen vom Papierholzpreis die Herstellungskosten überwiegend beeinflusst werden. Eine Prüfung der Preisfrage ergibt folgendes Bild:

	Preise je 100 kg in Reichsmark		Preisabbau in Prozent
	31. 12. 1929	31. 3. 1932	
Zeitungsdruckpapier in Rollen	31,00	21,50	30,7
Holzstoff	17,00	12,00	29,4
Sulfitezellstoff:			
Sekunda, ungebleicht	25,25	17,10	32,3
Ia, ungebleicht	26,25	18,40	31,2
Ia, normal	27,75	19,30	30,4
Ia, bleichfähig	30,00	20,25	32,5
Sekunda, gebleicht	33,50	22,75	32,1
Ia, gebleicht	35,00	23,75	32,1
Durchschnittspreise je Raummeter ungeschältes Papierholz:			
Deutschland	12,50	5,35	57,2
Tschechoslowakei	21,50	10,00	53,5
Österreich	18,00	10,50	41,7
Polen	16,80	5,25	68,7

Die deutschen Papierholzpreise gelten ab Wald und die ausländischen ab deutsche Grenzstation.

Die Gegenüberstellung von Syndikats- und Papierholzpreisen beweist mit aller Deutlichkeit, daß seit 1929 der Höchststand der Preise für Papierholz bedeutend stärker gesunken ist als der von den Unternehmern im gleichen Zeitraum vorgenommene Preisabbau. Beachtet man ferner, daß bei voller Ausnutzung der Betriebe der heutige Lohnanteil am Verkaufspreis im Durchschnitt um noch mehr als 15 Prozent betragen dürfte, so ergibt sich daraus die volkswirtschaftlich unmögliche Begründung der Unternehmer für den vierten Lohnabbau in Sachsen. Tatsächlich sind durch den neuen Schiedsspruch die Löhne bedeutend stärker abgebaut als die Preise, obwohl die Betriebe ihren Hauptrohstoff, gemessen am Höchststande von 1929, heute fast zu Schleuderpreisen erhalten. Den Schaden dieses weiteren Lohnabbaues hat nicht nur die sächsische Papierarbeiterchaft, die gezwungen wird, den Hungerriemen noch enger zu schnallen, sondern letzten Endes haben ihn auch die übrigen Zweige der deutschen Wirtschaft, für die der sächsische Papierarbeiter als Konsument in Frage kommt und dessen Kaufkraft durch diesen Schiedsspruch abermals um einen erheblichen Teil vernichtet wurde.

Anlässlich der Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß in Dresden wurde von einem Vertreter der Firma Weidenmüller festgestellt, daß das Druckpapier-Syndikat seinen Firmen einen Preis von 14,50 Mk. je 100 Kilogramm zahlte. Vergleicht man diesen Fabrikpreis mit dem Syndikatspreis von 21,50 Mk., so ergibt sich daraus,

daß das Syndikat mit einem Aufschlag von über 32 Prozent arbeitet.

Die Frage erscheint deshalb doch wohl berechtigt, ob eine Nachprüfung der Syndikatsgewinne für die Produktion nicht zweckdienlichere Erfolge hervorbringen könnte als der volkswirtschaftlich nicht zu verantwortende Lohnabbau.

Wir haben aber ferner die Überzeugung gewonnen, daß der Lohnabbau von verschiedenen sächsischen Firmenvertretern nicht aus rein produktionstechnischen Gründen gefordert wurde, sondern daß politische Momente dabei eine große Rolle spielten. Anscheinend versucht man, die sächsische Papierarbeiterchaft durch das weitere Hinabstoßen ins Elend zu Verzweiflungsaktionen zu treiben. Zu dieser Schlussfolgerung muß man kommen, wenn man die politische Tätigkeit einiger Unternehmer und Fabrikdirektoren in der letzten Zeit beachtet. So läßt z. B. eine der beiden Großfirmen in Crossen a. d. Mulde, die mit aller Entschiedenheit nicht nur den Lohnabbau, sondern auch die Verfehlung von Zwickau in Ortsklasse II forderte, das Hakenkreuz-Organ auf ihre Kosten nicht nur an die Arbeiterschaft, sondern an die gesamte Bevölkerung des Ortes verteilen. Muß dazu der Lohn abgebaut werden? Zwei andere Fälle im Schaffener Konzern seien noch erwähnt. Während der Betriebsleiter des Werkes Heidenau sich praktisch im Besonderen der Fabrikwände mit Hakenkreuzen betätigt, hält sein Kollege im Werk Pirna alle die Leute für vernünftig, die Hitler ihre Stimme geben. Auch in einem Teil anderer Betriebe wird die Arbeiterschaft durch Leiter der Werke recht stark für die Hakenkreuz-Propaganda interessiert. Man versucht dadurch, einen Keil zwischen Arbeiterschaft und Gewerkschaft zu treiben und hofft dabei, sicher im trüben zu fischen und der Verwirklichung des Hitlerchen Rezeptes: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ näherzukommen.

Die sächsische Papierarbeiterchaft wird ihrem Unternehmertum diesen Gefallen nicht tun. In der festen Überzeugung, daß die Gewerkschaften auch heute noch die Hauptwaffe gegen Arbeiterentrechtung und Unterdrückung bilden, werden die sächsischen Papierarbeiter ihre Organisation auch weiterhin stärken und ihr die Treue bewahren. So sicher wie nach Regen Sonnenschein kommt, wird auch die heutige Wirtschaftskrise durch eine kommende Periode der Hochkonjunktur wieder abgelöst. Daß die Lohnabbau-Schikanen der Unternehmer nicht nur Erbitterungen, sondern auch Rachegeanken auslösen, dürfte das sächsische Unternehmertum in der kommenden Periode des Wirtschaftsaufstieges recht deutlich erleben. Auch wir hoffen, daß der Tag der Abrechnung nicht mehr allzufern liegt.

G. S f ü h l e r.

Literarisches.

„Wider den Nationalsozialismus“. Zwei Reden des Reichstagsabgeordneten und Fraktionsführers der Deutschen Staatspartei Dr. August W e d e r und eine Rede des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Fraktionsführers Doktor Rudolf B r e i t f e i d sowie eine Verteilungsrede des Reichsorganisationsleiters G r o e r e r. Soco-Verlag, G. u. b. S., Berlin W 30. Preis 30 Pf. Das Buch enthält auf 130 Seiten wertvolles geschichtliches Material und ebensolches aus dem Tageskampf.

„13 Jahre republikanische Justiz“. Von Kurt G r o s s m a n n. Soco-Verlag, G. u. b. S., Berlin W 30. Preis 50 Pf. Das Buch könnte überflüssig heißen sein: „Das Elend unserer Justiz“. Der Verfasser führt einen mutigen Kampf gegen das Justizrecht und für wirkliches Menschenrecht. Richter des Reichsgerichts klandern er die Worte des sächsischen „Oenids“ entgegen: „Ihr seid mir ja schonne Rechtsgelehrer.“

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Unilin

18. Fortsetzung.

„Es handelt sich um zwei Punkte. Erstens: Mir fällt in der letzten Zeit bei meinem Rundgang durch die Betriebe auf, daß unter den Arbeitern der Respekt vor den Vorgesetzten, Aufsehern, Vorarbeitern usw., merklich nachgelassen hat. Mir scheint da ein gewisser Einfluß von außen zu wirken. Auch manche Vorarbeiter und Aufseher lassen mir zu sehr den Vorgesetzten ihren Arbeitern gegenüber vermissen. Die Behandlung und das Verhalten zu ihnen wird mir zu kollegial. Ich bitte die Herren, ihre untergeordneten Leute wissen zu lassen, daß ich den Arbeitern Vorgesetzte vorangestellt habe und keine Arbeitskollegen, und daß ich gegebenenfalls personelle Änderungen vornehme, wenn meinen Anordnungen zuwider gehandelt wird. Ferner fiel mir in einzelnen Betrieben eine bedenkliche Lockerung der Arbeitsdisziplin auf. Ich appelliere demgegenüber an das Verantwortungsbewußtsein der Herren. Die Rentabilität des Betriebes erfordert die intensivste Ausnutzung der vorhandenen Produktionskräfte, und zwar von Maschine und Mensch.“

Weiter wurde mir von einwandfreier Seite mitgeteilt, daß auch in unserem Betriebe der gewerkschaftliche Einfluß mehr an Boden gewinnt. Ich führe die getügten Mißstände auf derartige Tendenzen zurück. Wir können nicht warten, bis unsere ganze Belegschaft von diesem Gewerkschaftsgeist verweht ist. Ich habe mir überlegt: es genügt nicht mehr, das Fabrikator für solche Elemente geschlossen zu halten. Eine gewisse Hezpresse versucht gegenwärtig mit ihren Phrasen besonders die Großbetriebe zu erobern. Ich halte deshalb auch innerhalb der Betriebe Maßnahmen für notwendig, um dieser Agitation zu steuern. Je rigorosier diese gehandhabt werden, desto eher führen sie zum Erfolg. Ich mache den Herren zur Pflicht, über verdächtige Elemente genaue Listen zu führen und das Material dem Büro für Arbeiterangelegenheiten mitzuteilen. Bei der Ernennung von Arbeitern zu Vorarbeitern ist darauf zu achten, daß nur einsichtige, betriebsfreundliche Leute in Vorschlag gebracht werden. Ich behalte mir meine Zustimmung in jedem einzelnen Falle vor. Jeden Ersten des Monats erwarte ich Ihren Bericht. Besonders gelagerte Fälle bitte ich mir zur persönlichen Entscheidung vorlegen zu wollen.“

Nach dem Vortrag wurden noch einige technische Fragen besprochen. Nach deren Erledigung erhob sich der Direktor wieder und ging so fracks, wie er gekommen, aus dem Sitzungszimmer.

Direktor Heroff war eine Herrennatur. Schon seine hünenhafte Gestalt mit dem gepflegten, runden Gesicht und den scharfen Augen mit ihren durchdringenden Blicken machte einen herrlichen Eindruck. Er leitete die Fabrik mit einer absoluten Autorität. Sein Wort, seine Entscheidungen waren für alle verbindlich. Er fühlte sich als der allein Verantwortliche, ließ keinen über sich kommen, duldete keinen anderen neben sich. Versuchte ihm einer seiner Chemiker oder Ingenieure in wissenschaftlicher oder technischer Bildung über den Kopf zu wachsen, dann verfolgte er ihn mit allen Mitteln, die ihm als technischer Direktor zur Verfügung standen. Der Ausbau und die Einrichtungen der Fabrik erfolgten nur nach seinen Direktiven. Diese waren einzig und allein nur auf möglichste Ausnutzung von Material und Mensch gerichtet bei gleichzeitiger äußerster Sparsamkeit. Seine Maßnahmen ließen den Blick in die Zukunft vermissen. Anstatt die Anlagen zweckmäßig nach einem technisch gegliederten Plan zu errichten, pflasterte er jeden Winkel, jede Ecke mit einer Wüste, einem Kessel, einer Holzbohle aus. Dadurch entstand ein reiner Wirrwarr, der jeden ordentlichen Verkehr behinderte, Dünste und Gase nicht abgleiten ließ. Die Fabrik glich, wenige Bauten ausgenommen, einer alten, rostigen Bretterbude.

Morgens Punkt 8 Uhr kam er durchs Fabrikator geritten, sprang von seinem geschickten Braunen, küßte ihm ein paarmal den glänzenden Hals, worauf er sich gegen die Portierstube wandte, um den üblichen Tagesbericht entgegenzunehmen.

Schon eine halbe Stunde vor seinem Erscheinen rückte der Portier Ritter unruhig auf seinem hohen Stuhle hin und her, kam mehrmals vor die Schwelle und schielte über seine Brille hinweg, ob sein Herr und Gebieter nicht die Straße heranzugehen käme. Beim ersten Hufschlag schmeckte er von seinem Stuhle und pflanzte sich mit seiner ganzen Würde vor die Portierstube. Direktor Heroff war noch eine halbe Meile vom Tore entfernt, da rief er mit einem hundertmal geübten Auck die Mähe vom Kopfe, sprang mit einem lauten „Guten Morgen, Herr Direktor!“ vor das Pferd, nahm mit der einen Hand die Zügel in Empfang, in der anderen hielt er seinen Rapportzettel und meldete stramm: „Die Tagesfrist hat begonnen Punkt sechseinhalb Uhr mit 1432 Mann. So viele sind krank, so viele krank, so viele haben Zwischenschicht, so viele Nachtschicht.“ Die Zuspätgekommenen mußte er namentlich verlesen.

Direktor Heroff hörte mit halbem Ohre hin, während er sich mit der Reitergerte an die langen Reissiebel klopfte, wartete noch einen Moment, stellte manchmal eine Frage, wonach er sich ruckartig abwandte, die Reitergerte unter den Arm nahm und der Fabrik zustrebte.

Portier Ritter rief, stramm salutierend, die Hand an die Mähe und drückte ebenfalls mit einer ruckartigen Bewegung in die Stube zurück. Seine Hauptarbeit für den Tag war getan.

Vorne im Ornamant warteten der Betriebsführer, der Ingenieur, Techniker, Meister, Aufseher und Vorarbeiter. Alle machten eine respektvolle Verbeugung oder rissen ihre Mägen vom Kopfe, während Direktor Heroff ohne weiteres den Rundgang begann. Der Betriebsführer erläuterte Bericht über die Anlage, die laufende Produktion, die maschinelle Einrichtung, Reparaturen und alle betrieblichen Vorkommnisse. Unterdessen wußte Direktor Heroffs kritischer Blick jeden Winkel, jede Ecke, beobachtete die Arbeiter und alles, was ihm wichtig schien. Mißfiel ihm irgend etwas, dann hagelte es Rügen, die mitunter recht grob ausfielen. Der Betriebsführer mußte alles wortlos einfließen. Meist ließ er es ab auf seinen Aufseher, Meister oder Techniker. Alle diese standen, in respektvoller Entfernung und warteten, bis einer heranzugerufen wurde, um seine „Zigarette“ zu empfangen, wie man Heroffs Rügen nannte. Und er teilte oft recht ausführliche Ermahnungen aus. Den Werkmeister Blüthenbaum hatte er einmal direkt aus dem Betriebe gejagt. So wurde jeder Betrieb abgegangen. Das sah aus, als ob ein feiner Stabschef an der Spitze seines Stabes zur Rekrutenbeschäftigung marschierte. Die gesamte Belegschaft fürchtete seinen durchbohrenden Geschäftsblick. Man sah ihn immer fröhlicher, mit einer Herrennatur zu die Wandwinkel, wie feines P... einen harten, brutalen Ausdruck verlieh. Langsam er irgendwo in einem Betriebe auf, so pflanzte sich blitzschnell der Wutruf von Arbeiter zu Arbeiter: „Mähung — der Pöbel kommt!“ Sie nannten ihn nicht anders als den Pöbel.

Neben seinen schlechten Seiten hatte er auch wieder gute. Er hatte einen Beamtens der Krankenkasse sofort zum Tische gerufen, als Unregelmäßigkeiten bekannt wurden. Nicht mal durchs Fabrikator ließ er ihn mehr herein. Hatte ein Arbeiter irgendein Anliegen, eine Beschwerde, einen besonderen Unglücksfall in der Familie, dann konnte er ruhig zu ihm gehen. Er hörte sich alles persönlich an und erteilte auch persönlich Hilfe an. Aber es mußte wahr sein, was der Arbeiter ihm erzählte, vorwachen ließ er sich nicht. Er unterbrach den Stillefeller oder Beschwerdeführer nur selten, überlegte dann einen Moment und trat gleich seine Entscheidung. War sie gefällt, konnte niemand mehr etwas daran ändern, selbst er nicht. Dabei gab es natürlich manchmal eine recht salomonische Rechtfertigung. Er war streng, aber korrekt. Jeden Morgens Punkt elf Uhr erschien er vor der Menageküche und kostete Jürgens vorzügliche Revue. Trotzdem ließ er sich nicht

Roman von Fritz Molnar

bewegen, einen abwechslungsreichen Küchenzettel einzuführen. Er war eben eine Herrennatur, und mit solchen Herren ist nicht gut Rischen essen.

Eine halbe Stunde von der Fabrik entfernt hatte er sich eine luxuriöse, mit allem Komfort ausgestattete Prachtvilla erbaut. Jedes der vielen Zimmer war mit den feinsten Perseerteppichen belegt, Wände und Decken waren getäpelt, mit zierlichen Schnitzereien und künstlerisch wertvollen Bildern geschmückt. Das untere Stockwerk war ein einziger großer Saal mit Nischen, Balkon, Bühne und Tanzdielen; Wände, Decken und Fußböden waren mit feinstem Jedarholz getäpelt. Große Kristallspiegel glitzerten in fabelhaften Reflexen, wenn der riesige, in Gold gefasste Kronleuchter seine hundert Lichter aufstrahlen ließ.

In diesem Saale wurde manches prunkvolle Fest gefeiert, manche ausgelassene Nacht durchschwelgt, deren Kosten gar oft die gesamten Ausgaben eines Tages in der ganzen Arbeiterkolonie überstiegen. Nach außen wirkte die Villa wie eine prächtige Burg, deren Türme, Giebel und Fassaden weit ins Land schauten. Bei besonderen Festen und Gelegenheiten strahlte aus den vielen Fenstern eine verschwenderische Lichtfülle, die schimmernden Lichtwellen warfen ihren Strahlenkranz bis weit in den Park, in dem in animierter Stimmung die reichen Liebespaare spazieren gingen. Von allen Seiten kamen die jungen Kavaliere, um den jungen Damen der neuen Geldaristokratie den Hof zu machen.

Vom großen Saale her zitterten die Akkorde des großen Flügels, die Sektproben knallten, während drüben in der Fabrik an den Kesseln und Wütten die Nachtschicht stand, schmutzig, mit Farbe und Ruß bekleckelt, und schwarzen, bitteren Malzkaffee in die trockenen Kehlen schlürfte. Bei einem Vergleich mit der noblen Direktorsvilla und den ruhigen Backsteinhütchen der Arbeiter erkannte man erst recht den Unterschied zwischen Herr und Knecht, den Klassen Gegensatz, den der Re...um zwischen den Menschen ausgerichtet hatte. Breit, groß und wichtig stand die Villa da. Ihr Turm reckte sich prächtig über die Bäume in den Äther, als wolle er der Welt verkünden: Ich steige höher, höher, immer höher hinauf! Demgegenüber standen die Häuschen vor der Stadt wie eilig hingepflasterte Spähenester, klein, unscheinbar, als wolle sie vor lauter, verschämter Armut tief, tiefer, immer tiefer in die Erde versinken.

Ja, hoch und höher hinauf waren die Herren der Fabrik gestiegen. Sie gehörten schon lange zu den Spitzen der vornehmen Gesellschaft. Man bewunderte ihre Energie, ihren Fleiß, ihre Erfolge und nicht zuletzt ihren Reichtum. Ihr Einfluß bei den Behörden reichte weit bis in die höchsten Ämter in Reich und Ländern. Mit ihnen war eine neue Herrenschicht emporgestiegen, die sich in wenigen Jahrzehnten mehr Macht und Ansehen erobert hatte als das alte Herrenrum in Jahrhunderten. Dies wurde auch ohne weiteres von den abligen Herren erkannt. Sie, die ihr Adelsprädikat ererbt hatten, ließen sich schon recht gern von ihren reicheren Vettern ohne Prädikat beherrschen. Ihre Nachkommen suchten auf den großen Gesellschaftsbällen in der Villa die Gunst der jungen Damen aus der Geldaristokratie zu erwerben.

Aber nicht bloß im gesellschaftlichen, nein, auch im staatlichen, gemeindlichen und politischen Leben spielten die Industrieherrn eine wesentliche Rolle. Direktor Heroff bekleidete mehrere Ämter in der Gemeinde, stand mit dem Bürgermeister auf gutem Fuß und beeinflusste das kommunale Leben in der Gemeinde mehr, als den Ortsbürgern lieb sein konnte. Schon seine Person wog mehr auf der Gemeindegasse als sonst ein ganzes Ornam. Hatte er im Rate der Gemeinde etwas gesagt, wagte keiner der Ortsväter das Gegenteil zu behaupten. Er war eben der Vertreter der großen Fabrik und wickelte, wenn es den Interessen der Firma dienlich war, den ganzen kommunalen Apparat um die Finger.

„In unserer Gemeinde geschieht nichts“, hieß es im Ortsmunde, „was der Direktor nicht will. Er ist der Bürgermeister und der andere sein Gehilfe.“ Beswichtige Spötter behaupteten sogar am Stammtisch, daß ohne den Willen Direktor Heroffs kein Spaß in der Gemeinde tot von einem Nachfriste fielen. Es wäre sicher jedem schwer gefallen, zu beweisen, daß sie unrecht hätten. Genau so beherrschten die Industrie- und Bankfamilien die Politik im Staate. Die Macht ihrer Geldsäcke erstreckte sich in alle Zweige, alle Rügen und Fugen des politischen Lebens. Als Bestzer der Produktionsmittel, als Alleinherren über ein riesiges Arbeiterheer, verfügten sie über die eigentliche Macht im Staate, und mit dieser Macht standen sie hinter der Gewalt, die auf den Spitzen einer halben Million Bajonette ruhte. Mit dieser Gewalt stemmte sich ihre Macht brutal, rücksichtslos, egoistisch gegen das Emporkommen der modernen Arbeiterbewegung.

Direktor Heroff handelte nur in voller Konsequenz, wenn er von seiner Fabrik die Agitation roter Elemente, wie er sich ausdrückte, fernzuhalten versuchte.

Anfänglich förderten die neu emporgestiegenen Börsen- und Industriemagnaten die Expansionsbestrebungen des Militarstaates. Ihre Geld- und Profitgier beschlupperte jeden Landstrich, jeden Erdteil nach wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie man es nannte. Diese Geld- und Profitgier war international und gleich rücksichtslos bei allen Kapitalisten. Sie war auch die Ursache der immer beängstigender werdenden Unsicherheit innerhalb der europäischen Grenzen. Steile, schwarzerändernde Sturmwolken umdüsterten schon jahrelang den politischen Himmel Europas. Mehr Kohle, mehr Eisen, mehr Gold, das war die Parole, unter der das Gepep des Krieges über den Völkern schwebte. Und es wurde nichts getan, um den Völkern Europas den Frieden zu erhalten.

Direktor Heroff war also nur einer der vielen, die gegen die Arbeiterbewegung in Front standen.

Seine Maßnahmen waren nur einige der vielen, mit denen die junge Arbeiterbewegung niedergebhalten werden sollte.

Echerting hatte Peter Gopler wider dessen Erwarten zum Vorarbeiter vorgeschlagen. Peter zerbrach sich den Kopf darüber, warum Echerting das getan haben konnte. Aber gleichviel, er hatte ihn vorgeschlagen.

Die Sache verhielt sich so. Peter hatte sich außerordentlich gut im Packraum eingearbeitet. Er kannte alle Verordnungen, die Arten der Verpackung sowie die komplizierten Schriftzeichen nach übersee, besonders China. Man konnte sich auf seine Arbeit verlassen.

Man war es im Reiche Echertings schon ein paarmal vorgekommen, daß Pakete oder Fässer mit Farbe an falsche Bestimmungsorte adressiert wurden. Da gab es dann ganz schlimme „Zigaretten“ von oben herunter. Echerting „rauchte“ sie allerdings nicht selbst, sondern gab sie durchweg nach unten weiter; das heißt, er lud die Verantwortung auf seine Vorarbeiter ab. Das waren augenblickliche Tage, wenn er mit nach gegessertem Schwanbart in der Fabrik unbeherrschte und die Schos seiner barhäutigen Schimpfepistel von den Wänden widerhallten. Wie ein zorniger Kaiser fuhr er jeden Arbeiter an, keiner arbeitete ihm recht und fleißig genug, jedem schlanderte er eines seiner seriösen Schimpfwörter an den Kopf.

Echerting kam mit verschärften Armen auf dem Rücken in den Packraum. Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit ging er auf Peter zu und sagte: „Gopler, Sie werden heute um 11 Uhr zum Herrn Direktor befohlen. Seien Sie kein Starrkopf und tun Sie, was der Herr Direktor sagt.“

Peter warf einen Blick auf die Kommandy. Noch zehn Minuten bis elf. Da gehe ich am besten gleich los, dachte er. Vor der Tür des Direktorzimmers begegnete ihm Vorarbeiter Müller. „Kann?“ tat Peter erkaunt.

(Fortsetzung folgt.)

Vorkämpfer für wahres Deutschtum.

Reportage von Heinz Bach (Wiesbaden).

(Nachdruck nur mit Genehmigung des Verfassers.)

Passanten aller Art beleben eine Hauptverkehrsstraße. Es ist abends, kurz vor Ladenschluß. Vor mir geht ein stämmiger Arbeiter. Ich kenne ihn vom Wohlfahrtsamt her, wo wir oftmals zusammentrafen und bei dem stundenlangen Warten ins Plaudern kamen. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren. Ich habe ihn oft beobachtet, wenn er mit seinen beiden Mädchen spazieren ging.

Ernst, mit Sorgenfalten auf der Stirn, ohne nach rechts oder links zu schauen, geht er seines Weges fürbass und tritt dann in ein Milchgeschäft.

„Deutschland erwache! Juda verrecke! Heil Hitler!“ Zehn bis zwölfwellige Burschen, im Alter von 18 bis 22 Jahren, kommen die Straße herauf, mischen sich auf dem Bürgersteig unter die Fußgänger und schieben breitfüßig durch das Gewühl. Jetzt bilden sie Kette, treiben die Fußgänger vor sich her und großen im Sprechchor:

Deutschland erwache! Nimm die Art und Krache sie dem ersten dreckigen Juden aufs Hirn! Heil! Hakenkreuz erwache! Erwache! Vernichte das kabbalistische Siebengestirn. Fünf Jochen hat das Pentagramm Wir schlagen die Marxischenhorden zusammen! Die Juden sind an allem schuld, zu Ende ist es jetzt mit unserer Geduld Deutschland erwache! Juda verrecke!

Der Anführer der Provokationskette, ein baumlanger Keil mit Moabitegesicht, Lederamaschen und Hakenkreuzkoppel, renommiert: „Feiner Sprechchor, was? Hab' ich gemacht!“ Mit jener Selbstsicherheit, die sich aus Arroganz, verwehlichem Geltungsdrang und schlechter Kinderstube zusammensetzt, gehen die Burschen auf eine Gruppe von drei Männern zu, die unglücklicherweise jüdisches Aussehen haben. Der dichteste veranlagte Anführer tritt an die drei Männer heran und schlägt den kleinsten von ihnen vor die Brust, daß der Angegriffene torkelt und rücklings auf das Straßenpflaster schlägt. „Köpfe werden rollen! Heil Hitler!“ grölt die Gefolgschaft des tapferen Führers. Der Angegriffene steht auf und schleppt sich in einen Hausgang. Die beiden anderen Männer leisten keinen Widerstand, sondern lassen sich unter Protest, der mit Gejohl und Schimpfwörtern erwidert wird, auf den Fahrdamm abdrängen.

„Deutschland erwache! Juden raus!“ schreien die Kulturkämpfer auf Kommando ihres Sprechchorführers, der siegesicher vor ihnen hergeht und mit gelinden Fußstößen nachhilft, wenn einer der entgegenkommenden Fußgänger nicht schnell genug aus dem Wege geht. Es dauert nicht lange, und der Straßenabschnitt, in dem sich dieser Vorfall abspielt, ist von Fußgängern geäubert. Die Nationalsozialisten behaupten vorerst das Feld. Die Bürger sind in die anliegenden Cafés geeilt oder haben sich hinter den Hausüren postiert und wollen den Krampf, der entstehen wird, wenn die Polizei erscheint, vom sicheren Ort aus, ganz im Sinne einer pensionsberechtigten, staatsbehaltenden und kultivierten Moral und unter ehrlichem Protest gegen die Verrohung der öffentlichen Sitten, zur Kenntnis nehmen.

Eben tritt der Arbeiter aus dem Milchgeschäft; er hat ein kleines Paket in der Hand und will nach Hause gehen. Er ist Angehöriger irgendeiner linksgerichteten Organisation und trägt ein Abzeichen am Rock. Ein Nationalsozialist tritt auf ihn zu und fährt ihn an: „Mach, daß du weiterkommst!“ — „Will ich ja.“ — Der Nazi sieht das Abzeichen: „Halt die Fresse!“ Er ruft seine Gefinnungsgenossen herbei und erklärt breitfüßig: „Doch eener, der noch nicht erwacht ist!“ Der Arbeiter sucht an der Hausmauer Rückendeckung, schließt sein Jackett und steckt sein Paketchen in die Tasche. Er pumpt seinen Brustkasten voll Luft, die Werten schwellen ihm auf der Stirn, und beherrscht sagt er langsam: „Gebt mir den Weg frei! Ich muß nach Hause! Für eure schlechten Wige habe ich gar kein Interesse! Gebt mir den Weg frei!“ — „Der Mann wird keß“, grölt einer der Nationalsozialisten, „so'n gottloser Kulturschänder, so'n Marxischbiest! Hau ihm 'n paar in die Fresse, dann kriegt er aus der Hand!“ Der Anführer mit der dichteren Ader und den Onanierringen unter den Augen stellt sich vor den Arbeiter, hebt die Faust und erklärt siegesicher: „Entweder — oder!“ Die Angreifer drücken sich immer näher an den Angegriffenen heran, der, eingekleid zwischen Hausmauer und der Meute, kaum noch Platz hat, die Arme hochzuheben. Ich bedaure, keinen Photoapparat zur Stelle zu haben, denn aus den Augen der jungen Burschen leuchtet volkstümliches Selbstentum mit Schnaps. Jemand trifft den Arbeiter gegen die Schienbeine. Der Anführer will die erhobene Faust niederlassen lassen, er kommt nicht weit damit, sondern klappert wie ein Taschenmesser zusammen. Der Angegriffene hat ihm vorsichtshalber die rechte Faust mit einem kurzen schnellen Gerzhaken in den Brustkasten gejagt. Er versucht sich zu behaupten, schlägt mit bloßer Faust zwei Angreifer nieder, den vierten zieht er sich ju-ju-ju-geübt über den linken Unterarm und läßt diesen Angreifer kopfstehen. Dann sieht man einen feinen Feuerstrahl, hört einen hellen Knall. Der Arbeiter greift sich an die linke Brustseite und verliert das Bewußtsein.

Die Polizei kommt drei Minuten zu spät. Die Nationalsozialisten sind verschwunden, als habe sie der Erdboden verschluckt. Der Arbeiter liegt zusammengerückt auf dem Bürgersteig. Sein Paketchen liegt in der Gasse. Ein halbes Pfund Quarkkäse und ein viertel Pfund Margarine.

Auto — Krankenhaus — Polizeibericht und ergebnislose Zeugnisernehmung.

In der Abendzeitung steht, daß ein Tierstuhverein wegmüde Zugvögel in einem dreimotorigen Junkersflugzeug über die Alpen nach dem sonnigen Süden bringen läßt.

Humoristische Ecke.

Erklärlich.

„Warum heißt du denn?“ — „Mein Vata hat mir gehauen!“ — „Na, so schlimm wird's nicht gemessen sein!“ — „Mensch, mein Vata schlägt in der Großen Oper die Pauke!“

Gepreßte Töne.

Bei einem Orchesterkonzert, das Max Reger dirigierte, wurde zum Abschluß eine Humoreske gespielt, wobei die Bläser, namentlich aber die Fagottbläser, ganz eigentümliche Töne hervorbringen mußten.

Nach dem Konzert wurde Reger von einer weibegerigen Dame gefragt: „Sagen Sie mir doch, Herr Musikdirektor — diese sonderbaren gepreßten Töne in dem letzten Stück — machen das die Musiker mit dem Mund?“

Reger lächelte sarkastisch: „Ich hoffe es, gnädige Frau.“

Zwei Preisflieger.

Zwei Herren sitzen im Eisenbahnwagen 2. Klasse. Da fliegt draußen ein Luftballon vorüber. Da sagt der eine: „Na, lang dauert es nicht, dann fliegen wir auch!“ „So“, sagt der zweite Herr, „Sie haben wohl auch ein Willkett 3. Klasse?“